

Auf der grünen Insel

Irland diskutiert über Studiengebühren

Dublin Die Finanzkrise ist nicht gerade spurlos an Irland vorbeigegangen. Deshalb hat sich das Land im Norden Europas einen harten Sparkurs verordnet. Auf den ersten Blick sind die Hochschulen – hier das Trinity College in Dublin – glimpflich davongekommen. Ihr Budget bleibt immerhin konstant. Doch die Studentenzahlen steigen weiter kräftig an. So wird die Finanzierung der Bildungsaufgaben immer schwieriger. Die Hochschulrektoren fordern jetzt schnelle Lösungen – neue Nahrung für die Diskussion um Studiengebühren.

brennpunkt Seite 36

tipp der redaktion

Was kommt nach Erasmus?

Brüssel Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zur Zukunft von Erasmus Mundus gestartet. Wer Ideen hat, wie die internationale Mobilität im Hochschulbereich verbessert werden kann, hat die Möglichkeit, seine Überlegungen bis zum 30. November 2010 in Brüssel kundzutun.

→ Internet: http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/consult/index_en.html

themen

agenda

Einsatz: Wie man Einzelkämpfer für das Team begeistert und bei der Stange hält. **Seite 3**

hochschule

Umsatz: Wie die Uni Edinburgh in nur einem Jahr 40 Unternehmen ausgründete. **Seite 4**

forschung

Ansatz: Wer sagt, wo welche Großgeräte für die Forschung gebaut werden. **Seite 6**

kontakte

Vorsatz: Warum es gut ist, die Akkreditierung von Studiengängen abzuschaffen. **Seite 9**

ticker

Ersatz: Der Europäische Forschungsrat sucht Persönlichkeiten für seine Spitze. **Seite 10**

Dieses Mal mit:

International Higher Education

Vierteljahresschrift des Boston College Center for International Higher Education



Wie die Jungs vom Bau einfach loslegen? Wer eine Weltklasse-Uni hochziehen will, sollte sich das abschminken. Allzu viel Ehrgeiz ist Gift, sagt Jamil Salmi, bei der Weltbank zuständig für Tertiäre Bildung. Die zehn Todsünden beim Bau von Top-Unis lesen Sie in Salmis Blog.

Foto: pixelio

→ Internet: <http://blogs.worldbank.org/education/blogs/jamil-salmi>

29. Oktober

Regionale Ideen zur Internationalisierung

Dortmund Hochschulmanager aus Europa kommen am 29. Oktober zur vierten Modern-Konferenz „Regionale Innovationen“ zusammen. Auf der Grundlage eines Experten-Berichtes zur Lage der Hochschulen geht es um Internationalisierung und Methoden der Qualitätssicherung. Die Teilnahme kostet 275 Euro.

→ Internet: www.highereducationmanagement.eu/activities/conferences/regionalinnovation

18. - 20. November

Was Hochschulen für die Qualitätssicherung tun können

Lyon Das fünfte Europäische Forum für Qualitätssicherung der European University Association stellt vom 18. bis 20. November in Lyon unter dem Titel „Brücken bauen“ europäische, nationale und institutionelle Qualitätssicherung der Hochschulbildung zur Diskussion. Teilnehmen können Hochschulmanager und Forscher. Die Kosten betragen 315 Euro. Am 5. November ist Anmeldeschluss.

→ Internet: www.eua.be/EQAF-Lyon.aspx

11. - 12. März

Global denken: Die Zukunft der Hochschulbildung

Hongkong Um Strategien für die Hochschulbildung sowie die Partnerschaft von Hochschulen mit Politik und Wirtschaft geht es bei der Konferenz „Going global“ am 11. und 12. März in Hongkong. Die Veranstaltung des British Councils richtet sich an Hochschulmanager und kostet 650 Euro.

→ Internet: www.britishcouncil.org/goingglobal.htm

Internationalisierung

20 Jahre Tempus-Programm: Wie Europa die Zusammenarbeit von Hochschulen fördert

Berlin Vor 20 Jahren haben Universitäten der Europäischen Union mit Hochschulen der EU-Partnerländer die ersten Anträge für das Tempus-Programm ausgefüllt. Die neue Förderung sollte die internationale Zusammenarbeit voranbringen und Reformen beschleunigen.

Bei der polnisch-deutschen Jubiläums-Konferenz vom 18. bis 19. November an der Berliner Humboldt-Universität erfahren Hochschulvertreter nicht nur, was sich in der internationalen Hochschulentwicklung seitdem getan hat. Die Teilnehmer werden auch darüber informiert, welche Möglichkeiten ihre Einrichtungen haben, an dem im Oktober startenden vierten Tempus-Aufruf teilzunehmen.

Das heutige EU-Mitglied Polen gehörte zu den ersten Partnerländern des Programms. Heute

schieben viele EU-Teams aus deutschen und polnischen Hochschulen gemeinsam mit neuen Partnerländern Hochschulreformen an. So modernisieren sie etwa Curricula, führen Qualitätssicherungssysteme ein und tragen dazu bei, dass Hochschulen und Wirtschaft besser verzahnt werden.

Die Veranstaltung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und der polnischen Tempus-Kontaktstelle Foundation for the Development of the Education System (FRSE) bietet außerdem eine Bestandsaufnahme und einen Ausblick auf künftige Aufgaben. Anmelden kann man sich online bis zum 4. November. Die Teilnahme ist kostenlos. mh

→ Internet: <http://eu.daad.de/eu/tempus-veranstaltungen/14163.html>

Strategiefindung

Wer hilft der Bildungspolitik dabei, die Weichen für die Zukunft zu stellen?

Paris Was ist wichtiger? Die frühkindliche Erziehung zu verbessern oder die Hochschulbildung voranzubringen? Mehr Bildungschancen für Mädchen in Entwicklungsländern zu schaffen oder die Lehrerausbildung zu revolutionieren? „Raise your hands“ („Melde Dich zu Wort“) ist der Slogan, mit dem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Wissenschaftler, Hochschulmanager und Interessierte dazu aufruft, Ideen für die Zukunft der Bildung zu entwickeln – und eine entsprechende Prioritätenliste aufzustellen.

Der Startschuss für das Projekt fiel bei der OECD-Generalkonferenz „Hochschulbildung in einer sich wandelnden Welt: Doing more with less“ im September in Paris. Bis zum 15. Oktober nun bleibt Zeit, sich auf der Seite Allourideas.org einzuklicken, die dort aufpoppenden Ideen zu bewerten und eigene Vorschläge auf den Markt zu bringen.

„Mit dem Projekt soll ein globaler Dialog zur Bildung der Zukunft angeregt werden“, sagt Joanne Caddy von der OECD. Die fünf besten



Foto: fotolia

Melde Dich. Beim Thema Zukunft der Bildung will die OECD viele Meinungen hören.

Ideen werden beim OECD-Forum für Bildungsstrategien am 4. November in Paris den EU-Bildungsministern vorgestellt, die zudem aufgerufen sind, eigene Prioritäten zu nennen. mh

→ Internet: www.allourideas.org/ocedraiseyourhand



Thomas Kessler leitet das Department für Sozialpsychologie an der Universität Jena. Er forscht über Beziehungen in Gruppen.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

Teamführung

„Das hohe Engagement Einzelner kann andere motivieren, sich mehr einzubringen“

Wie man Einzelne für Gruppenarbeit begeistert, die Eifrigen bei der Stange hält und sich von den hoffnungslosen Fällen verabschiedet, erklärt der Sozialpsychologe Thomas Kessler.

duz Herr Kessler, manchmal kann Teamarbeit doch richtig stressen.

Kessler Das passiert, wenn Mitglieder sich nicht als Teil der Gruppe begreifen und ihre Ziele nicht denen der Gruppe entsprechen. Da muss man sich doch fragen: Warum soll ich da mitmachen?

duz Wie kann der Teamchef die Abtrünnigen zurück in die Gruppe holen?

Kessler Man muss gemeinsame Perspektiven entwickeln und das weitere Prozedere vereinbaren. Ein Einzelner identifiziert sich mit einer Gruppe, wenn seine Ziele mit den Zielen der Gruppe übereinstimmen, wenn es um eine herausfordernde Aufgabe geht, Emotionen für das Thema geweckt werden und die Arbeit als bedeutend empfunden wird. Steht die Gruppe für das, wofür man selbst brennt, engagiert man sich und verhält sich loyal.

duz Was tun, wenn sich Einzelne stärker engagieren als die übrige Gruppe?

Kessler Die Engagierten können dabei unzufrieden werden, halten sich immer mehr heraus und verfolgen zunehmend persönliche Ziele außerhalb der Gruppe. Allerdings kann das hohe Engagement Einzelner auch einen positiven Effekt haben und weniger Engagierte motivieren, sich mehr einzubringen.

duz Wann macht Gruppenarbeit dem Einzelnen Spaß?

Kessler Wenn jeder in der Gruppe auf dem selben Weg ist, man sich gut versteht und während der Arbeit nur noch kleinere Aspekte ausdiskutieren muss.

duz Wie bekommt man das hin?

Kessler Durch gute Vorarbeit. Arbeitsgruppen sollten viel Zeit investieren, um die Anliegen der Einzelnen zu berücksichtigen, sich auf das Prozedere

zu einigen und für bestimmte Verfahren einfache Regeln aufzustellen – so dass jeder weiß, was zu tun ist, wenn es etwa um die Vergabe von Laborplätzen, die Verteilung von Geldern oder den Einsatz von Hilfskräften geht.

duz Ist an Hochschulen nicht eher Selbstorganisation angesagt?

Kessler Ja, und das macht Gruppenarbeit nicht leichter. Die hohe Mobilität der Wissenschaftler kann die Arbeit als Team untergraben. Professoren verfolgen ihre Forschungsinteressen vielleicht lieber individuell, als ihre Energie in Gruppenarbeit zu stecken. Nachwuchskräfte wiederum sind gezwungen, sich individuell zu qualifizieren, sonst kommen sie beruflich nicht voran. Das kann der Zusammenarbeit als Team widersprechen.

duz Wie kann man auf die einzelnen Interessen eingehen und Vertreter unterschiedlicher Abteilungen oder Fächer zusammen bringen?

Kessler Indem man den Abteilungen klar macht, dass man nur als großes Ganzes vorankommt. Gemildert werden solche Konflikte, wenn alle die gemeinsamen Interessen berücksichtigen.

duz In der Wissenschaft gibt es immer öfter auch virtuelle, internationale, über das Internet vernetzte Gruppenarbeit.

Kessler Auch in solchen Gruppen muss man Kompromisse finden, sich auf ein Thema einigen und Netzwerke aufbauen. Die Reibungspunkte sind in der Regel geringer, doch auch dort kann es zu Konflikten kommen, etwa wenn Trittbrettfahrer an Bord sind.

duz Wie wird man die los?

Kessler Durch soziale Kontrolle. Wer sich kaum einbringt, wird von anderen Teammitgliedern schlechter bewertet und manchmal aus künftigen Projekten ausgeschlossen.

→ Kontakt: Thomas.Kessler@Uni-Jena.de

Die Fragen stellte Marion Hartig.

Ausschreibungen aus Europa

Euratom

Kernspaltung erforschen

Brüssel Im Rahmen des Programms Euroatom können sich internationale Forschungsverbände mit mindestens fünf Teilnehmern um eine Förderung von Projekten zu Kernspaltung und Strahlenschutz bewerben. Anträge können bis zum 7. April 2011 gestellt werden.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP7DetailsCallPage&call_id=348

→ Nationaler Kontakt: www.forschungsrahmenprogramm.de/nks.htm#EURATOM

Neue Forschungsfelder

Nachwuchsgruppen aufbauen

Brüssel Nachwuchsforscher aller Fächer, deren Promotion zwei bis zwölf Jahre zurückliegt, können jetzt Fördergelder für den Aufbau einer Forschergruppe beantragen. Die aktuelle Ausschreibungsrunde des Starting Independent Researcher Grant-Programms des Europäischen Forschungsrates hat gerade begonnen. Die Antragsfristen unterscheiden sich je nach Fachbereich.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.IdeasDetailsCallPage&call_id=346

→ Nationaler Kontakt: www.euburo.de/arbeitsbereiche/erc/startinggrants

Austausch

Forschung trifft Wirtschaft

Brüssel Internationale Verbände aus einer oder mehreren Forschungseinrichtungen und mindestens einem Unternehmen können sich um die Förderung themenoffener Projekte bewerben. Mit der Marie-Curie-Maßnahme werden Partnerschaften mit und ohne Erwerbzzweck unterstützt. Antragschluss ist der 7. Dezember.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.PeopleDetailsCallPage&call_id=314

→ Nationaler Kontakt: www.humboldt-foundation.de/web/3097.html

Sie sind unterbezahlt? Machen Sie sich nichts daraus. So fand der Wirtschaftsnobelpreisträger und Psychologe Daniel Kahnemann heraus: Das Zusammenspiel von Geld und Glück kennt eine Grenze. Und die liegt schon bei einem Jahresgehalt von 58 000 Euro!

→ Internet: www.pnas.org/content/early/2010/08/27/1011492107.abstract

Personalentwicklung

Wie Wissenschaftsmanager besser gefördert werden können

Eine Studie belegt: Trotz guter überregionaler Förderangebote für das Wissenschaftsmanagement kann Deutschland von Ländern wie Australien oder USA noch bei der Personalentwicklung lernen.

Gütersloh Die im August erschienene empirische Vergleichsstudie „Karriereförderung im Wissenschaftsmanagement – nationale und internationale Modelle“ des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) befasst sich mit der Personalentwicklung administrativer (Kanzler und Verwaltung) und akademischer Wissenschaftsmanager (Präsidium, Dekanate, Forschung). Deutsche Hochschulen können sich vor allem von den Kollegen aus Down Under eine Scheibe abschneiden. Das wichtigste unter den dortigen Instituten für die Karriereförderung ist das LH Martin Institute for Higher Education Leadership and Management. Dieses

von der Regierung 2007 gegründete Institut bietet Schulungen für Führungskräfte im strategischen Management an und ist zudem ein Forum, in dem sich nationale und internationale Experten und Entscheider der Hochschulpolitik über Veränderungen im Tertiären Bereich austauschen können. Außerdem flankiert das Institut seine Angebote durch praxisorientierte Forschung.

Anders als in Deutschland gibt es einen Berufsverband für das Wissenschaftsmanagement, die Association for Tertiary Education Management (ATEM). Sie bildet ein gemeinsames Dach für das Management aus der Verwaltung und die Manager aus Dekanaten und Forschungsclustern. Auch in den USA und in Großbritannien gibt es einen solchen Verband. Dr. Sigrun Nickel, die die Studie mit Prof. Dr. Frank Ziegele für das CHE verfasste, hält dies für vorbildhaft: „Es geht darum, die beiden Welten Wissenschaft und Verwaltung enger zusammenzubringen und das Management an den Hochschulen insgesamt mit seinen Tätigkeiten deutlicher sichtbar zu machen. Das gelingt auch durch den Berufsverband, der den Austausch fördert.“ In Deutschland steht nach Informationen des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft die Gründung eines übergreifenden Netzwerks bevor. Ehemalige Stifterverbands-Fellows arbeiten demnach an einem Konzept für ein solches Netzwerk.

In Australien wirkt sich auf die Karriereförderung auch positiv aus, dass alle australischen Universitäten Weiterbildungsprogramme für ihre Manager anbieten. In den USA kommt hinzu, dass die Hochschulen auf ihren Homepages offensiv für einen Job im Hochschulmanagement werben, Karrierewege dorthin aufzeigen und sogar Angaben zum Gehalt machen. Nickel: „Institutionelle Personalpolitik wird dort als Markenzeichen im Wettbewerb um exzellente Arbeitskräfte begriffen.“ mk

Sigrun Nickel betreute beim CHE die Studie über das Wissenschaftsmanagement.

Kontakt

Sigrun Nickel

Referentin für Hochschulentwicklung
CHE,
Internet: www.che-concept.de



Foto: CHE

Entrepreneurship

Edinburgh unterstützt erfolgreich Gründer

Edinburgh Hochschulen spielen eine wichtige Rolle als Kreativküche für Unternehmensgründungen. Trotzdem sind Studierende, aus denen innovative Unternehmer werden könnten, hierzulande eher gründungsfaul. Denn Geschäftssinn will auf die richtige Art vermittelt sein. Für Hochschulentscheider lohnt sich deshalb ein Blick über den Ärmelkanal ins schottische Edinburgh. Die University of Edinburgh ist gerade zu einer der erfolgreichsten britischen Unis für Neugründungen von Spin-offs und anderen Unternehmen gekürt worden.

Im akademischen Jahr 2009/2010 waren es 40, neun davon gegründet von Professoren oder wissenschaftlichen Mitarbeitern, 19 von Studierenden und weitere zwölf von Unternehmern aus der Region. Und das, obwohl auch Großbritannien von der Wirtschaftskrise gebeutelt ist. In den letzten fünf Jahren entstanden aus der Uni heraus 131 Unternehmen, von denen 85 Prozent die Anfangsjahre überlebt haben.

Alle Gründer erhielten Anleitung und Beratung von der uni-eigenen Vermarktungsagentur Edinburgh Research and Innovation (ERI). Die Neu-Unternehmer wagten den Sprung in die Selbstständigkeit, weil die Uni beziehungsweise das ERI daran arbeitet, auch psychologische Barrieren zu beseitigen. „In den letzten fünf Jahren haben wir uns nach Kräften bemüht, innerhalb der Universität eine Unternehmenskultur zu entwickeln“, sagt Derek Waddell, Geschäftsführer der ERI. Dazu gehöre auch, die Studierenden, die sich angesichts der Krise Sorgen um ihre berufliche Zukunft machten, „davon zu überzeugen, die Sache einfach selbst in die Hand zu nehmen“.

Das bedeute, nicht nur die üblichen „Wiemache-ich-einen-Business-Plan“-Kurse anzubieten, sondern auch ausführliche Beratungen zu lukrativen Branchen wie erneuerbare Energien oder sogenannte grüne Technologie. Tatsächlich gründeten viele Neu-Unternehmer in diesem Bereich. mk

→ Internet: www.research-innovation.ed.ac.uk

Der Anstoß für viele Kooperationen zwischen Deutschland und China kommt von Wissenschaftlern.

Fotos: fotolia

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Seit zehn Jahren ist die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Peking mit einem Zentrum vertreten. Einer, der von Anfang an davon profitierte, ist Harald Fuchs. Seine Erfahrungen sind viel wert.

von Johann Osel

Kooperationen in China

Welche Stolpersteine man vermeiden sollte und welche keine mehr sind

Peking/Bonn Mit kaum einem anderen Land hat die deutsche Wissenschaft in den vergangenen zehn Jahren so viele neue Kooperationen ins Leben gerufen wie mit China. Ein Vorreiter war dabei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Vor zehn Jahren eröffnete sie zusammen mit ihrem Pendant, der National Natural Science Foundation of China (NSFC), das Zentrum für Wissenschaftsförderung in Peking. Am 19. Oktober wird das Jubiläum gefeiert.

Das Zentrum organisiert Workshops und Symposien, dient als Kontaktbörse und den deutschen Forschern in China als lokaler Ansprechpartner der DFG. Ein Mann der ersten Stunde, der mit dem Zentrum über die Jahre immer in Kontakt war, ist Prof. Dr. Harald Fuchs, Physiker an der Universität Münster. Er ist Sprecher des ersten deutsch-chinesischen Sonderforschungsbereichs der DFG, in dem Physiker, Biologen und Chemiker zur Nanotechnologie forschen.

Fuchs, der Gastprofessuren in China innehat, weiß, worauf es bei einer solchen Kooperation ankommt. Und das ist mittlerweile weniger als früher. Denn Unterschiede bei Mentalität und Kultur spielen in der Spitzenforschung kaum mehr eine Rolle. Viele Chinesen haben ihre Postdoc-Zeit in Europa oder in den USA verbracht, wurden

dadurch geprägt. „Wenn man auf der gemeinsamen Meta-Ebene von Forschung mitspielt, denkt man ähnlich“, sagt er.

Ein Beispiel: Konflikte nur indirekt anzusprechen. Diese Eigenschaft, die der chinesischen Mentalität gerne zugeschrieben wird, verschwindet praktisch. „Man hat sich an den offenen westlichen Stil angepasst. Grundlagenforschung erfordert ständige Korrekturen und Kritik, da kann man nicht um den heißen Brei herumreden“, sagt Fuchs. Auch bei den Alltagsitten müsse man sich als westlicher Wissenschaftler keine Sorgen machen. Wer gut beobachtet, tritt nicht ständig in Fettnäpfchen. „Und wenn man sich etwa zu Tisch bei der Essensreihenfolge unsicher ist, kann man ganz offen fragen.“ Eine Grundregel ist aber zu beachten: Flapsige Scherze, wie sie in Deutschland vielleicht die Stimmung auflockern können, sind zu vermeiden. Ansehen ist in China extrem wichtig, Gesichtsverlust durch unbedachte Bemerkungen oder Kumpelhaftigkeit verschreckt zumeist.

Ähnlich in der Politik: Im Tagesgeschäft ist der Einfluss des kommunistischen Systems zwar wenig spürbar, dennoch sollte man darauf verzichten, etwa das Thema Menschenrechte allzu plakativ anzusprechen. „Wir Wissenschaftler haben hier für

uns eine Sprachregelung gefunden“, sagt Fuchs. „Wir sind nicht als Missionare unterwegs, das ist die Aufgabe der Politik.“

Den Einfluss der Staatsführung merkt man jedoch anders. Wenn sie Schwerpunkte setzen will, fließt schnell Geld. Zudem gibt es, anders als in Deutschland, ein Prämiensystem für Publikationen in wichtigen Fachzeitschriften wie Nature oder Science. Und die besten Köpfe werden aus dem Ausland möglichst zurückgeholt. In China können sie dann eine Bezahlung und Ausstattung erwarten, wie sie sie etwa aus den USA kennen. „Gerade die jungen Forscher sind extrem motiviert“, sagt Fuchs. Über die Schattenseiten dieses Ehrgeizes ist immer wieder beim Thema Patent-Klau die Rede. „Man darf hier nicht alles über einen Kamm scheren“, warnt Fuchs. Doch tatsächlich fehle in China das Bewusstsein für diese Problematik. Allerdings habe von den Dutzenden chinesischen Forschern, die Fuchs in den vielen Jahren in Münster zu Gast hatte, noch keiner etwas kopiert, was er hier gesehen hatte. Das sieht auch DFG-Präsident Prof. Dr. Matthias Kleiner so: „Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und chinesischen Wissenschaftlern ist von wechselseitigem Vertrauen geprägt.“

→ Internet: www.sinogermanscience.org.cn



Der Statistik bleibt ja so gut wie nichts verborgen. So offenbart die Sozialerhebung des Studentenwerks seit Jahren, dass Männer häufiger in die Mensa gehen als Frauen. Wer glaubt, der Herr Student speise gern in Gesellschaft, irrt: Der Maßstab ist Geschwindigkeit. Herrje!

Foto: pixelio

→ Internet: www.studentenwerke.de/se/2010/Hauptbericht19SE.pdf

Jeder EU-Staat will Großgeräte, um seine Forschung zu stärken. Strippenzieher ist dabei häufig das European Strategy Forum on Research Infrastructures (Esfri). Erstmals übernimmt nun eine Deutsche den Vorsitz.

Forschungsinfrastruktur

Deutschland will weltweite Kooperationen knüpfen und ausbauen

Bonn/Brüssel Natürlich sind es die Regierungen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, die darüber entscheiden, in welchem Land ein milliardenteures Großgerät oder eine zentrale Forschungsinfrastruktur erbaut werden soll. Aber die Debatte darüber, wer wann wo was baut, kann sich oft jahrelang hinziehen. In dieser Zeit, also im Vorfeld der Entscheidungen, laufen bei Esfri die Fäden zusammen. Die Plattform bringt große europäische Forschungsinfrastrukturprojekte auf den Weg, indem sie Informationen bündelt und die EU-Länder berät.

Dazu hatte Esfri schon 2006 eine erste Roadmap erstellt, in der bereits existierende oder geplante gesamteuropäische Forschungsinfrastrukturprojekte aufgelistet wurden. Mittlerweile umfasst diese Roadmap 44 Projekte aus sieben verschiedenen Forschungsbereichen. Neun dieser Projekte werden bereits realisiert, das heißt entweder existieren sie schon oder werden gerade gebaut. Dazu gehören zum Beispiel das europäische sozialwissenschaftliche Datenarchiv Cessda (Council of European Social Science Data Archives) oder der Ionenbeschleuniger Fair (Facility for Antiproton and Ion Research) mit deutscher Beteiligung beziehungsweise mit Hauptsitz in Deutschland. Ein anderes feststehendes Projekt ist der Bau der European Spallation Source (ESS) mit Hauptsitz in Schweden unter Beteiligung von Spanien und

Ungarn. Über die konkrete Umsetzung der übrigen Projekte wird in den kommenden Monaten und Jahren entschieden.

Darüber hinaus dürften fortlaufend neue Großforschungszentren hinzukommen. So wird bis Ende dieses Jahres ein neues Update der Roadmap veröffentlicht. Dabei wird die Liste der geplanten Esfri-Projekte aus weiteren Forschungsbereichen verlängert.

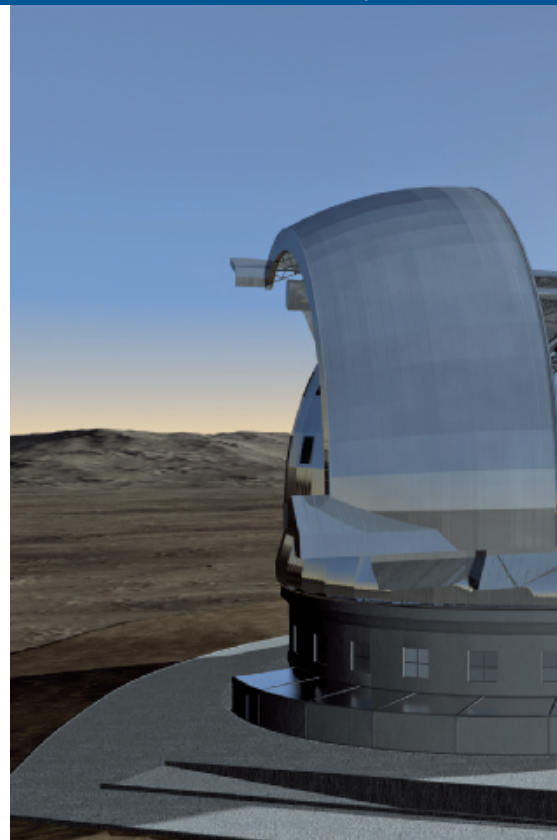
Allerdings: Beim Blick auf die Roadmap fällt auf, dass große, aus der öffentlichen Diskussion bekannte Forschungsinfrastrukturen wie das Kernforschungszentrum Cern oder der geplante Kernfusionsreaktor Iter

.....

„Ich hoffe, dass ich auch deutsche Interessen stärker einbringen kann.“

.....

keine Esfri-Projekte sind. Sie wurden von anderen Forschungskonsortien geplant. Die Esfri-Projekte rangieren aber in ähnlichen Größenordnungen. So schlagen allein die Baukosten für die bisherigen 44 Zentren mit insgesamt 20 Milliarden Euro zu Buche. Weitere zehn Prozent davon werden als jährliche Betriebskosten veranschlagt. Die Finanzierung der Esfri-Projekte, zu denen



zum Beispiel auch das geplante paneuropäische Forschungsschiff Aurora Borealis gehört, wird für jedes einzelne Vorhaben individuell zwischen den EU-Staaten ausgehandelt. Je nach Interessenlage kommt das Geld aus den Ländern, in denen eine Forschungsinfrastruktur lokal angesiedelt werden soll, sowie aus den beteiligten Partnerländern. Teilweise ist aber auch eine Finanzierung über die EU-Strukturfonds möglich.

Und wie immer, wenn es um sehr viel Geld geht, ist gerade die Standortfrage eine hochsensible Angelegenheit. Um zu einer für alle beteiligten EU-Staaten zufriedenstellenden Lösung zu kommen, ist jede Menge Verhandlungsgeschick notwendig. Die Vorarbeiten dafür leistet Esfri. Ende September hat Dr. Beatrix Vierkorn-Rudolph als erste Deutsche den Vorsitz bei Esfri übernommen. Die Physikerin ist auch weiterhin im Bundesforschungsministerium (BMBF) Referentin für Großgeräte und Grundlagenforschung. Zudem leitet sie fortan quasi in Teilzeit die in Brüssel

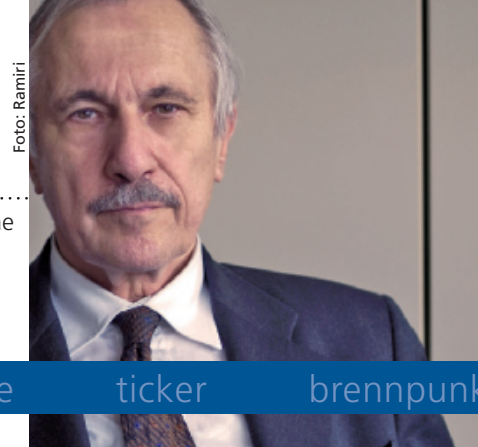


Foto: Ramiri

Als Koordinator der Ramiri-Workshopreihe will Carlo Rizzuto für die Ausbildung einer neuen Generation von Forschungsinfrastruktur-Managern sorgen.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

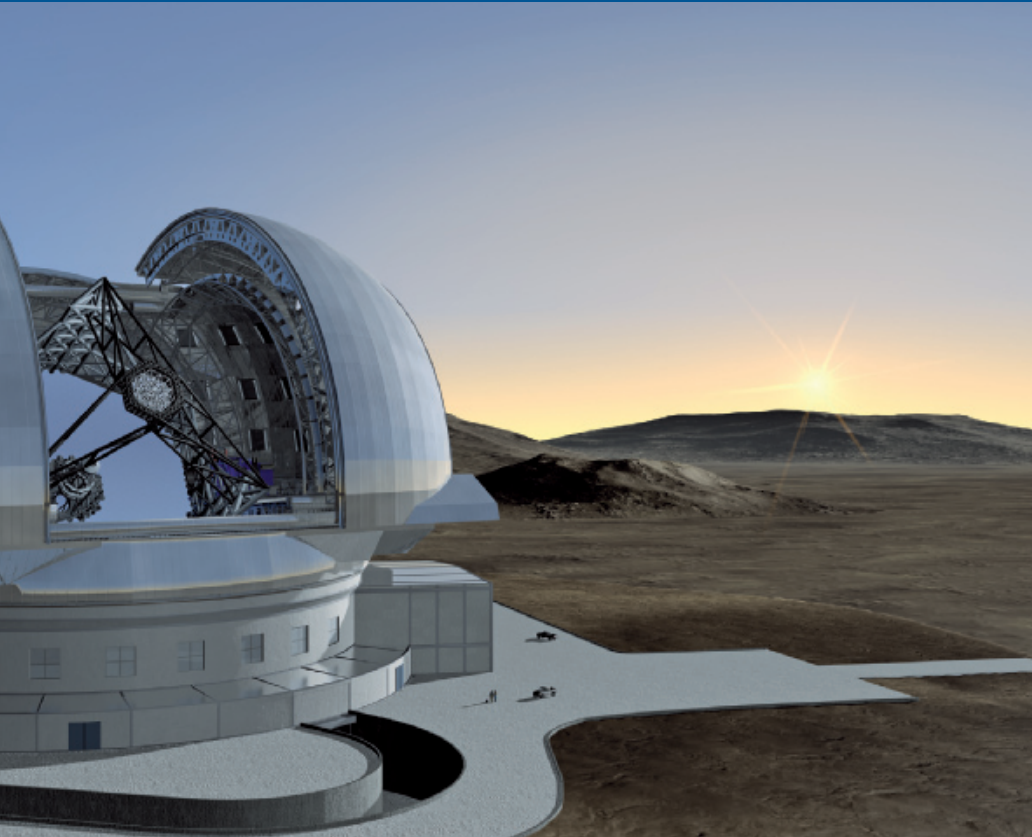


Foto: E-ELT-ESO

Esfri-Projekte entstehen auch außerhalb Europas: Das European Extremely Large Telescope (E-ELT) wird in der Atacamawüste in Chile gebaut und soll ab 2018 startklar sein.

ansässige Esfri-Plattform. Die Amtszeit ihres Vorgängers, des italienischen Physikers Prof. Dr. Carlo Rizzuto, endete regulär nach drei Jahren. Dieser Wechsel ist gerade für Deutschlands Forschungsmanager eine interessante Personalie.

Die neue Vorsitzende wird vor allem im gesamteuropäischen Interesse agieren: „Ich möchte die Kooperationen mit den europäischen Forschungsorganisationen ausbauen ebenso wie die internationale Kooperation von Esfri mit den USA, Russland, China oder Brasilien“, kündigte Vierkorn-Rudolph gegenüber der *duz* an. Sie räumte zudem ein: „Ich hoffe, dass ich aber auch deutsche Interessen einbringen kann und dass europäische Themen stärker ins BMBF zurückfließen.“ Mit Blick auf künftige Standortentscheidungen könnte es sich für Forschungsmanager also lohnen, den kurzen Draht zu Esfri zu nutzen.

Dass der Ausbau des europäischen Forschungsraums kein Abstraktum ist, hat Vierkorn-Rudolph vorgemacht. Als bisherige Esfri-Vizevorsitzende hatte sie sich

gemeinsam mit dem heutigen EU-Forschungsgeneraldirektor Robert-Jan Smits in den vergangenen Jahren gegen politische Widerstände dafür stark gemacht, eine neue Rechtsform für länderübergreifende Forschungsinfrastrukturen zu schaffen – so genannte Erics (European Research Infrastructure Consortium). Hinter diesem ziemlich bürokratisch anmutenden Begriff verbergen sich sehr praktische Konsequenzen. Denn Erics sind anders als andere Unternehmen Rechtsformen für Forschungskonsortien, die komplett von der Mehrwertsteuer (MwSt) befreit sind und somit mehr finanziellen Spielraum haben. In den Niederlanden werden aktuell die ersten Erics gegründet. Die MwSt-Befreiung bedeutet einen Wettbewerbsvorteil, der in der Forschung weltweit bislang einzigartig ist.

→ **Internet:** http://ec.europa.eu/research/infrastructures/index_en.cfm?pg=home

Christine Xuân Müller ist *duz*-Redakteurin.

Weiterbildung

„Teilnehmer müssen sich bewerben“

Für die neuen europäischen Forschungsinfrastrukturen werden hochqualifizierte Manager gebraucht. Ausgebildet werden sie bei Ramiri (Realising and Managing international Research Infrastructures).

duz *Ramiri ging 2009 an den Start. Die erste Runde mit drei Workshops ist beendet. Gibt es eine Fortsetzung?*

Rizzuto: Ja, Ramiri 2 soll im November 2010 oder kurz danach starten. Das hängt davon ab, wann die EU-Kommission ihre Finanzierungszusage gibt. Aber wir sind guter Dinge, dass es demnächst soweit ist.

duz *Die Teilnehmer sind Praktiker aus dem Forschungsbereich. Was genau will ihnen Ramiri vermitteln?*

Rizzuto: Die Idee der ersten Phase war, rund 100 Mitarbeiter aus Ministerien, Forschungsorganisation oder bestehenden Forschungsinfrastrukturen zunächst eine High-Level-Einführung in die aktuelle politische Diskussion auf europäischer Ebene zu geben. Außerdem wurden verschiedene Fallbeispiele über bereits existierende Forschungsinfrastrukturen vorgestellt und analysiert.

duz *Was wird bei Ramiri 2 neu und anders sein?*

Rizzuto: Wir planen einen explizit pädagogischeren Ansatz. Der Zugang zu Ramiri 2 wird beschränkt, um einen höheren Lerneffekt zu haben. Die Zahl der Teilnehmer soll maximal 30 bis 35 Leute betragen, die sich um eine Teilnahme bewerben müssen. Auf insgesamt sechs Workshops werden Experten aus dem Forschungsinfrastruktur-Bereich zu Wort kommen. Zum Ramiri-2-Consortium gehören fünf Partner: Imperial College London, Elettra Sincrotrone Trieste, University of Amsterdam, Adam Mickiewicz University Poznan und das Prager Institut of Physics.

cxm

→ **Internet:** www.ramiri.eu

Wissenschaft soll langweilig und trocken sein? Eben nicht, sagt eine Gruppe von Forschern an der Universität Cambridge. Über Radio, Podcast und Internet zeigen sie, wie viel Alltagsspaß hinter grauer Theorie steckt.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: privat

Chris Smith

Benjamin Haerdle

Wissenschaft und Gesellschaft

Wie britische Forscher mit großem Erfolg Menschen zum Lachen bringen

Cambridge Wissenschaftler, die der Öffentlichkeit ihre Forschungsergebnisse anschaulich vermitteln können, sind beliebt und zugleich rar in der Hochschullandschaft. Mit viel Witz sorgen im englischsprachigen Raum schon seit Jahren „The Naked Scientists“ für Furore und mehr Aufmerksamkeit für die Wissenschaft. Hinter dem provokativen Namen steckt eine Gruppe junger Mediziner, Biologen, Physiker und Archäologen der Universität Cambridge. Sie machen eine wöchentliche Radiosendung auf BBC, produzieren Podcasts, betreiben eine äußerst interaktive Internetseite und veröffentlichen Bücher.

Das Ziel: „Wir wollen zeigen, dass Wissenschaft nicht nur die Welt verändern, sondern zugleich großen Spaß machen kann“, sagt Dr. Chris Smith. Der 35-jährige Mediziner rief „The Naked Scientists“ vor zehn Jahren ins Leben. Er will das Image der Wissenschaft korrigieren: „Die meisten Menschen verbinden damit Erinnerungen an langweiligen Physikunterricht in der Schule.“ Dieses Bild tragen viele ihr Leben lang mit sich. „Wir dagegen wollen die Menschen zum Lachen bringen“, sagt Smith, der als Virologe die eine Hälfte der Woche in einer örtlichen Klinik arbeitet und die andere Hälfte an der Uni lehrt.

Im Dienst der Wissenschaft lässt sich das Team nicht nur nackt im Aufnahmestudio fotografieren, sondern entwickelt Sendungen zu Themen wie „Lässt Bier die

Gehirnzellen absterben?“, „Wie wiegt man einen Vulkan?“ oder präsentiert lustige Experimente in der Küche. Mit Erfolg: Zehn Millionen Mal wurden ihre Sendungen bislang heruntergeladen.

Hinter dieser bunten Fassade steckt jedoch ein hoher wissenschaftlicher Anspruch. Für die Art und Weise, wie die „Naked Scientists“ Wissenschaft vermitteln, haben sie viele Preise abgeräumt und sich auch unter den älteren Forschern einen sehr guten Ruf erarbeitet: „Jeder, den wir bisher eingeladen haben, ist auch gekommen“, sagt Smith. Die Wissenschaftler hätten Vertrauen in die Kollegen. „Sie wissen, da ist jemand, der sich für die Forschung interessiert und das der Öffentlichkeit zeigen will.“ Auch deutsche Forscher könnten gern in den Sendungen mitmachen.

Immerhin kommen 80 Prozent der Podcast-Hörer gar nicht aus Großbritannien. Die Fangemeinde ist international. Auch hierzulande haben die Shows schon viele Freunde. „In Deutschland haben wir die meisten Hörer außerhalb der englischsprachigen Staaten“, sagt Smith. Die Sprache sei keine Barriere. Das Englisch der Moderatoren wird offenbar gut verstanden. Und der Humor? „Die Stereotypen sind längst nicht mehr so stark ausgeprägt wie früher.“ Deshalb seien die „Naked Scientists“ auch nicht typisch britisch. Eine deutsche Version des Projektes würde in Deutschland problemlos funktionieren, sagt Smith. hbj

Kontakt

Dr. Chris Smith

The Naked Scientists

Telefon +44 (0) 7092 01 96 97

Mail: chris@thenakedscientists.com

Internet: www.thenakedscientists.com

Ossi V. Lindqvist war von 2000 bis 2007 Vorsitzender der finnischen Evaluationsbehörde Finheec. Derzeit arbeitet er als internationaler Berater im Hochschulbereich.



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Netzwerk

Exklusiver Uni-Bund sucht neue Mitglieder

Birmingham Es gibt viele Netzwerke zwischen Hochschulen. „Universitas 21“ ist seit 1997 eines von ihnen. 23 Hochschulen aus 15 Staaten sind dem Verbund bislang beigetreten. Doch die Mitgliedschaft ist ähnlich exklusiv wie bei einem Golfclub, der etwas auf sich hält. Das belegt der Preis von fast 37 000 Euro, den man pro Jahr zahlen muss. Dafür bekommen die Mitglieder aber auch viel zurück, zum Beispiel Arbeitsgruppen für Hochschulmanager, Wissenschaftskonferenzen, Summer Schools, Austauschprogramme für Studierende und gemeinsame Forschungsprojekte.

Exklusive Kreise zeichnen sich aber nicht nur durch ein hohes Eintrittsgeld aus, sondern auch durch Abgeschlossenheit; in deren inneren Kreis kommt man nur mit einer Empfehlung. So hält das Netzwerk zwar derzeit nach neuen Mitgliedern Ausschau. Allerdings kann man sich nicht richtig bewerben, sondern darf nur anklopfen. Solche Interessensbekundungen deutscher Universitäten, die sich für eine Mitgliedschaft interessieren, nimmt Usherwood entgegen. Wenn sich im Mai 2011 die Präsidenten von „Universitas 21“ treffen, könnten Einladungen vergeben werden, sagt Jane Usherwood, Generalsekretärin von „Universitas 21“: „Wir suchen kontinentaleuropäische Universitäten, die zu unserem Profil passen.“

Das bedeutet für Interessenten: „Die Universität sollte sich der Internationalisierung verschrieben haben“, nennt Usherwood als wesentliches Kriterium. Zudem sollte die Universität stark in der Forschung sein, über eine große Vielfalt an Wissenschaftsdisziplinen und ein breites Studienangebot verfügen. hbj

Kontakt

Jane Usherwood
Generalsekretärin Universitas 21
Telefon + 44 (0) 121 415 8872
Mail: j.usherwood@bham.ac.uk
Internet: www.universitas21.com

Akkreditierung

„Rektoren müssen dafür sorgen, dass Hochschulen transparenter werden“

Deutsche Hochschulen werden ihre Studiengänge künftig nicht mehr akkreditieren lassen, sondern deren Qualität selbst prüfen. Solche „institutionellen Audits“ sind in Finnland bereits Standard. Prof. Dr. Ossi V. Lindqvist, langjähriger Vorsitzender des Finnish Higher Education Evaluation Council (Finheec), erklärt, was daran gut ist.

duz Herr Lindqvist, die Finheec baut bei der Akkreditierung der finnischen Studiengänge und Hochschulen vor allem auf wenig Bürokratie und viel Vertrauen. Wieso läuft das bei Ihnen so entspannt ab?

Lindqvist Im Unterschied zu Deutschland setzt die Finheec in Finnland auf Audits statt auf Akkreditierung. Die Kriterien für diese betriebliche Prüfung haben Finheec, Hochschulen und Bildungsministerium in einem gemeinsamen Prozess im Jahr 2005 entwickelt. In dieser Anfangszeit ist ein großes Vertrauen der beteiligten Organisationen untereinander entstanden.

duz Leidet nicht die Qualität von Studiengängen darunter, wenn die Hochschulen die Standards mitdefinieren?

Lindqvist Nein, denn wir orientieren uns an den Vorgaben der European Association for Quality Assurance in Higher Education. Voriges Jahr hat Finheec zudem eine Studie zu den Auswirkungen der Audits veröffentlicht. Danach ist an fast allen Hochschulen unter anderem das Management effizienter geworden, die Qualität der Dienstleistungen an den Universitätsbibliotheken hat sich verbessert und die Lehrqualität ist gestiegen.

duz Können Hochschulen bei den Audits überhaupt durchfallen?

Lindqvist Eine Hochschule, die die erste Prüfung nicht besteht, darf nach zwei Jahren zu einem Re-Audit antreten. Positiv ist das für das Ansehen der Hochschulen in der Öffentlichkeit natürlich trotzdem nicht, aber bislang hat noch jede von ihnen das Re-Audit bestanden.

duz Die Teilnahme der Hochschulen an den Audits war lange Zeit freiwillig. Warum

setzt Finnland seit diesem Jahr auf eine gesetzliche Pflicht, dass sich die Unis extern evaluieren lassen müssen?

Lindqvist Die Audits sind wegen der Einheitlichkeit und der Rechenschaftspflicht gegenüber der Öffentlichkeit zwingend vorgeschrieben. Zudem ist dies ein gesamt-europäischer Trend in der Hochschulbildung, und auch Finnland sollte dem folgen.

duz Die Finheec will an den Hochschulen eine Kultur der Qualität für die Audits schaffen. Was bedeutet das?

Lindqvist Vom Professor bis zum technischen Assistenten soll jeder verstehen, dass das Audit nicht nur der Reputation der Universität, sondern auch dem Wohl des Einzelnen dient.

duz Und was unternimmt der finnische Evaluationsrat dafür?

Lindqvist Finheec hat von Beginn der Audits an eine Reihe von Seminaren angeboten, um die Hochschulen auf diesem Gebiet zu trainieren. Nahezu jede Universität hat ein Büro oder zumindest einen Ansprechpartner, der für das Audit zuständig ist. Auch die Studierenden und die Studentenvereinigungen sind in den Ausschüssen der Audits eingebunden.

duz Welche Rolle spielen für diese Kultur der Qualität Rektoren und Hochschulmanager?

Lindqvist Sie müssen dafür sorgen, dass sich Hochschulen mehr öffnen und transparenter werden. Bei uns sind die Auditberichte zum Beispiel öffentlich, so dass jeder lesen kann, wie die eigene Hochschule abschneidet. Bis sich eine Kultur der Qualität entwickelt hat, kann das aber eine Weile dauern. Das passiert nicht innerhalb eines Jahres. hbj

Kontakt

Prof. Dr. Ossi V. Lindqvist
University of Eastern Finland
Telefon: +358-50-5173241
Mail: ossiv.lindqvist@uef.fi
Internet: www.finheec.fi



Foto: Australische Botschaft

Australiens Regierungschefin Julia Gillard soll Wirrwarr um Hochschulen klären.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Ressortverteilung

Kompetenzverwirrung in Australiens Regierung

Canberra Für kurze Zeit hatte Australiens alte und neue Premierministerin Julia Gillard nach der Kabinettsneubildung Mitte September keinen Minister, der für höhere Bildung explizit verantwortlich ist. Das Hochschulwesen wurde ohne direkte Nennung auf zwei Schultern aufgeteilt. Kim Carr erhielt seinen Posten als Minister für Innovation, Industrie und Wissenschaft wieder und ist somit für den Bereich der Postgraduierten zuständig. Chris Evans ist neuer Arbeitsminister und zeichnet für Berufsbildung sowie Undergraduate-Studien verantwortlich. Nach heftiger Kritik wurde Evans Zuständigkeitsbereich der Begriff „Tertiary Education“ hinzugefügt. Kritiker bewerteten die Weglassung als grobe Fahrlässigkeit, die dem Wert des Hochschulsektors nicht gerecht werde. Die Gruppe der acht forschungsintensiven Hochschulen forderte eine letzte Klärung der Verantwortlichkeiten. ce

→ Internet: www.australia.gov.au

Bund-Länder-Streit

Bafög-Erhöhung liegt weiterhin auf Eis

Berlin Dass sich Bund und Länder auch im Vermittlungsausschuss nicht auf eine Bafög-Erhöhung einigen können, ist vom Deutschen Studentenwerk (DSW) deutlich kritisiert worden: Die Vertagung der Entscheidung sei „peinlich und einer Bildungsrepublik unwürdig“. Die Länder hatten abgelehnt, die Mehrkosten zu tragen. Bis zum 4. Oktober soll eine Arbeitsgruppe einen Ausweg finden. rk

Umstrukturierung

ERC sucht Persönlichkeiten

Brüssel Der Europäische Forschungsrat (ERC) macht sich in eigener Sache auf die Suche nach neuem Personal und fordert

die Wissenschaftsgemeinschaft dazu auf, Vorschläge zu machen. Hierfür wurde eigens ein aus sechs renommierten Wissenschaftlern bestehendes Komitee von EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn bestellt. Mitte September trat das „European Research Council Identification Committee“ das erste Mal zusammen. Zum einen sollen Persönlichkeiten für die Erneuerung des ERC im Februar 2011 gesucht, zum anderen ein Pool von Forschern für die Zukunft des Rates aufgebaut werden. Hierfür konsultiert man Organisationen und geht auch direkten Vorschlägen nach, die unter rtc-erc-id@ec.europa.eu eingebracht werden können. ce

→ Internet: <http://erc.europa.eu/>

Studienzugang

Griechenland füllt Plätze

Athen Aufgrund leichter Zulassungsbedingungen ist in Griechenland im Wintersemester 2010/2011 die Zahl der Studienanfänger gestiegen. So sind in diesem Jahr nur 4000 der landesweit insgesamt 100000 Studienplätze unbesetzt geblieben. Im Vorjahr waren es noch 20630 freie Plätze. Begründet wird der Zuwachs mit der Abschaffung von Eingangsprüfungen, bei denen Studienbewerber mindestens zehn von maximal 20 Punkten erreichen mussten. Kritiker werfen Bildungsministerin Anna Diamantopoulou vor, dass nun selbst Bewerber, „die nur ihren Namen auf die Bögen geschrieben haben“, zugelassen werden. Diamantopoulou argumentierte dagegen, dass das Abitur hinreichende Voraussetzung für den Studienantritt sei. Im Zuge der von ihr geplanten Hochschulreform soll ein gemischtes Zulassungssystem aus Prüfung und Abiturnote eingeführt werden. ce

→ Internet: www.minedu.gov.gr

Proteste

Italienische Hochschulen starten Lehrbetrieb später

Rom An vielen Hochschulen Italiens hat sich der Beginn des akademischen Jahres

um eine Woche nach hinten auf Ende September verschoben. Grund: Die wissenschaftlichen Mitarbeiter protestieren gegen die nach Italiens Bildungsministerin Mariastella Gelmini benannte Gelmini-Reform. Der bisherige Gesetzentwurf sieht eine Neustrukturierung des Hochschulwesens vor, die mit finanziellen Kürzungen für die wissenschaftlichen Mitarbeiter verbunden wäre. Einige Rektoren, wie Ivano Dionigi von der Universität Bologna, drohten den Protestierenden mit Entlassung. Auf Druck der Wissenschaftler mussten diese Ultimaten jedoch zurückgenommen werden. Das Netzwerk der wissenschaftlichen Mitarbeiter „Rete 29. aprile“ ruft gemeinsam mit der Gewerkschaft „Confederazione Generale Italiana del Lavoro“ (CGIL) zu Warnstreiks und weiteren Protesten auf. ce

→ Internet: www.rete29aprile.it/

Kooperationsverbot

Städtetag fordert Grundgesetzänderung

Sassnitz Der Deutsche Städtetag hat sich erneut für eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung stark gemacht. Das mit der Föderalismusreform 2006 eingeführte Kooperationsverbot müsse mit einer Grundgesetzänderung aufgehoben werden, hieß es in einer Erklärung des Präsidiums Mitte September. Nur so könne sich der Bund inhaltlich und finanziell wieder stärker engagieren. Bildung sei eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Kooperationsverbot behindere ein zukunftstaugliches Bildungswesen maßgeblich. rk

Ranking

Japan enttäuscht

Tokio Japans neuer Bildungs- und Wissenschaftsminister Yoshiaki Takaki hat keinen leichten Start. Denn die Tatsache, dass die Universität von Hongkong im Times-Higher-Education-Ranking die Top-Universität Tokios, Todai, überholt hat, war im September ein Schock für Japans Bildungselite.

Früher war alles besser! Dass Deutsche eher pessimistisch in die Zukunft schauen, ist bekannt. Überraschend dagegen ist das Ergebnis einer internationalen Studie der Uni Köln. Danach erliegen nun auch US-Amerikaner dem Griesgram. Optimisten, seht ihr rot?

→ Kontakt: <http://wisopsy.uni-koeln.de/447.html>

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Japans Rate an Privatinvestitionen im Hochschulbereich dürfte nicht als Grund ins Feld geführt werden. Diese liegt bei 67,5 Prozent und ist in den letzten Jahren gestiegen. Südkorea verzeichnet mit 79,3 Prozent eine noch höhere Rate. Das ist ein Ergebnis der im September vorgestellten OECD-Studie „Education at a glance“. Durchschnittlich lag die Rate in den 28 untersuchten Staaten bei 30,9 Prozent. ce

→ Internet: www.mext.go.jp/

Hochschultrends

Frauen in der Mehrheit

London Der zehnte Hochschulreport des Universitätsverbandes Universities UK stellt unter anderem die Trends der vergangenen zehn Jahre in der englischen Hochschullandschaft heraus. Die Immatrikulationsraten sind im Durchschnitt um fast 50 Prozent in allen Fachbereichen gestiegen, wobei Frauen 75 Prozent des Wachstums der Vollzeitstudierendenschaft ausmachen. Sie sind im Gegensatz zur Situation in den Jahren 1999/2000 auf allen Ebenen in der Mehrheit, außer im Bereich der Vollzeit-Postgraduierten: Dieser wird von männlichen ausländischen Studierenden dominiert. Um ganze 106 Prozent mehr haben sich ausländische Studierende eingeschrieben, wobei China auf Platz eins der Herkunftsländer bleibt. ce

→ Internet: www.universitiesuk.ac.uk

Eliteschmiede

Oxford will eigene Government School

Oxford Die Universität von Oxford erhält ein Postgraduierten-Institut für Führungskräfte: Ende September wurde die „Blavatnik-School of Government“ gegründet, die in zwei Jahren ihren Betrieb aufnehmen soll. Möglich gemacht wurde die Einrichtung durch eine Spende über 89 Millionen Euro des russisch-amerikanischen Industriellen Leonard Blavatnik. Nach amerikanischem Vorbild sollen hier international ausgerichtet, praxisbezogen und im

Sinne der Multidisziplinarität Führungskräfte ausgebildet werden. Der Rektor der Oxford University Andrew Hamilton erklärte, bis dato befänden sich die wichtigsten vergleichbaren Institute in den USA, dieses Ungleichgewicht werde nun durch die Blavatnik-School korrigiert. Unter den Unterstützern befinden sich namhafte Persönlichkeiten wie Kofi Annan, der indische Premierminister Manmohan Singh oder Ex-US-Präsident Bill Clinton. ce

→ Internet: www.ox.ac.uk

Ländercheck

Stifterverband: Gebühren schrecken nicht ab

Essen In einer aktuellen Studie kommt der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zu dem Ergebnis, dass Studiengebühren offenbar keine abschreckende Wirkung auf junge Menschen haben. „Dies gilt sowohl für Studierende allgemein als auch für Studierende aus bildungsfernen Schichten, aus ärmeren Elternhäusern oder aus Migrantenfamilien“, sagt der Generalsekretär des Verbandes, Prof. Dr. Andreas

Schlüter. Allerdings zählt Niedersachsen zu den Verlierern des Länderchecks – und ist ein Gebührenland. rk

→ Internet: www.stifterverband.de

Forschungsreport

Norwegen legt Berichte jetzt jährlich vor

Oslo Der norwegische Forschungsrat RCN veröffentlicht fortan jedes Jahr einen Bericht mit aktuellen Zahlen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung. Bislang wurde der wichtige Indikatorenbericht nur alle zwei Jahre publiziert. Der neue „Report on Science and Technology Indicators for Norway“ erscheint Mitte Oktober und ist auch im Internet abrufbar. „Ziel des Indikatorenreports ist es, international vergleichbare Daten bereitzustellen, um Norwegens Position in Relation zu anderen Ländern darstellen zu können“, sagte RCN-Generaldirektor Arvid Hallén. Zugleich betonte er, dass stets auch organisatorische und kulturelle Unterschiede zwischen den Ländern berücksichtigt werden müssten. cxm

→ Internet: www.forskningsradet.no

Studie zu Privathochschulen

Weniger Studenten und wirtschaftsnah

Berlin Mit durchschnittlich gut 1000 Studierenden sind private Hochschulen in Deutschland rund acht Mal kleiner als staatliche. Der Schwerpunkt ihres Studienangebots liegt im Wirtschaftsbereich. Das zeigt eine neue Studie, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sowie die Unternehmensberatung McKinsey erstellt haben. „Sie zeigt die derzeitige Situation der 90 privaten Hochschulen sowie Entwicklungstrends und gibt Handlungsempfehlungen, die auch an die Politik gerichtet sind“, sagt Dr. Volker Meyer-Guckel, der stellvertretende Generalsekretär des Stifterverbandes. Eine davon lautet, neue Akkreditierungsverfahren zu etablieren. Die

Volker Meyer-Guckel vom Stifterverband ist Mitautor der Hochschulstudie.

bisherigen Verfahren sind umstritten. So liegt eine Klage der privaten SRH Holding in Heidelberg gegen das aktuelle Verfahren beim Bundesverfassungsgericht vor. Am 4. Oktober wird die Studie veröffentlicht. rk

→ Internet: www.stifterverband.de



Foto: Stifterverband

Jürgen Mlynek, Präsident
der Helmholtz-Gemeinschaft.



Foto: Helmholtz-Gemeinschaft/Meckel

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Finanznot

MIT plant Gebühren für Studieninhalte im Netz

Cambridge/USA Das Massachusetts Institute of Technology (MIT) sucht nach neuen Finanzierungsmodellen und will deshalb Studieninhalte gegen Bezahlung im Internet bereitstellen. Freigeschaltet werden sollen die Inhalte auf der Onlineplattform MIT OpenCourseWare, teilte MIT-Sprecher Stephen Carson im September mit. Auch über kostenpflichtige E-Learning-Strukturen werde nachgedacht. ce

→ Internet: <http://ocw.mit.edu>

Hochschulpolitik

Israel steigert Budget

Jerusalem Israel will in den nächsten sechs Jahren rund 1,5 Milliarden Euro für Hochschulbildung ausgeben, 30 Prozent mehr als bisher. Das gaben Israels Finanzminister Yuval Steinitz und der Leiter des Planungskomitees Manuel Trachtenberg Mitte August bekannt. Der Etat für Forschung und Wissenschaft soll ebenfalls graduell gesteigert werden. Trachtenberg sagte: „Für diesen Moment haben wir jahrelang gebetet.“ Die OECD hatte in ihrem aktuellen Bildungsreport konstatiert, dass Israel unterdurchschnittlich in Bildung investiere. ce

→ Internet: www.gov.il

Brain Gain

Millionen-Starthilfe für Spitzenforscher

Bonn Die Alexander von Humboldt-Stiftung vergibt den mit bis zu 1,65 Millionen Euro dotierten Sofja-Kovalevskaja-Preis in diesem Jahr an 18 internationale Forschertalente. Die Auszeichnung soll den Nachwuchsforschern das nötige Kapital für innovative Projekte geben. Mit dem Geld sollen sie an deutschen Gastinstituten ein eigenes Team aufbauen. Die Preisverleihung ist am 9. November in Berlin. rk

→ Internet: www.avh.de

Gesundheitsforschung

Helmholtz-Gemeinschaft sucht Nähe zu Unis

Berlin Beim Aufbau der sechs „Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung“ will die Helmholtz-Gemeinschaft mit Universitätskliniken, Universitäten und Forschungsorganisationen zusammenarbeiten. Das betonte der Präsident der Gemeinschaft, Prof. Dr. Jürgen Mlynek, Mitte September. Mit der Errichtung der Zentren will das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Bekämpfung verbreiteter Volkskrankheiten vorantreiben. Die Helmholtz-Gemeinschaft ist mit deren Aufbau beauftragt und war wegen ihrer Vorgehensweise in die Kritik geraten (duz MAGAZIN 08/2010, S. 36ff.). rk

Qualitätssicherung

Tiroler Privatuniversität verliert Promotionsrecht

Wien Weil eine geeignete qualitative Betreuung der Studierenden nicht mehr gegeben sei, hat der österreichische

Hochschulbildung

Neuer Schwerpunkt bei Weltbank und Unesco

Washington Die Meinung von Hochschulexperten ist weiterhin gefragt, wenn die Weltbank ihre Bildungsstrategie überarbeitet. Die „Education Strategy 2020“ wird entscheidende Bedeutung für die globale Bildungsförderung im nächsten Jahrzehnt haben (duz EUROPA 04/2010, S. 4f.). Dabei soll insbesondere die Hochschulbildung im Fokus stehen.

Im Frühjahr 2011 soll die Strategie verabschiedet werden. Bereits in diesem Oktober wird der erste Entwurf dazu im Internet veröffentlicht. Interessierte Hochschulexperten können online ihre Meinung zum Entwurf der Weltbank-Strategie äußern. Auf zwischenstaatlicher Ebene wird zudem im Rahmen von internationalen

Akkreditierungsrat (ÖAR) der Tiroler Privatuniversität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik (UMIT) die Berechtigung zum Doktoratsstudium Gesundheitswissenschaften entzogen. Externe Gutachter hätten auch festgestellt, dass Mängel in der Durchführung und Ausrichtung des Studiums bestünden, teilte der Rat Mitte September mit. rk

→ Internet: www.akkreditierungsrat.at

Fundraising

Abhängigkeit vom Staat ist Gefahr für Hochschulen

Bologna Europäische Hochschulen schöpfen durchschnittlich fast drei Viertel ihrer Einnahmen aus öffentlichen Quellen. Genau das ist das Problem, denn immer mehr Länder kürzen ihre Ausgaben für Bildung. Die Konsequenzen dieser Entwicklung waren Thema einer Tagung in Bologna Mitte September. Im Mittelpunkt des Treffens stand die Studie „European Universities Diversifying Income Streams“ (Eudis). Deren Ergebnisse sollen im Januar 2011 veröffentlicht werden. rk

→ Internet: www.eua.be/eudis

Konsultationstreffen Stellung zu den neuen Plänen bezogen. Auch dabei steht die Hochschulbildung im Mittelpunkt als „immer wichtiger werdendes Thema für Entwicklungsländer und unsere Arbeit“, betonte Weltbank-Bildungssprecherin Carolyn Reynolds Ende September.

Unterdessen setzt auch die Unesco mit dem neu bestellten UN-Generaldirektor für Bildung, Qian Tan, einen Schwerpunkt auf höhere Bildung. Einen Grund für die Neuorientierung der Weltorganisationen sehen Experten in den Millenniums-Zielen gegen Armut, die nur mithilfe gut ausgebildeter Fachkräfte erreichbar seien. ce

→ Internet: www.worldbank.org/educationstrategy2020

66. Jahrgang

Gegründet 1945 als ‚Göttinger Universitätszeitung‘.

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:

Leitende Redakteurin: Christine Prußky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prussky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Mareike Knoke (mk), Tel.: 030 212987-35,
E-Mail: m.knoke@raabe.de
Roland Koch (rk), Tel.: 030 212987-34,
E-Mail: r.koch@raabe.de
Christine Xuân Müller (cxm), Tel.: 030 212987-32,
E-Mail: c.mueller@raabe.de
Redaktionsassistentin: Anne-Katrin Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39, E-Mail: duz-redaktion@raabe.de

Adresse der Redaktion:

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout: aseptDESIGN, Berlin

Satz und Grafik: ESM Berlin

Druck: Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Mitarbeiter:

Dr. Berrit Armbruster (bar), Frank van Bebber (fvb),
Benjamin Haerdle (hb), Marion Hartig (mh), Textagentur
Café Europe

Titelfoto: Andre Jenny / Picture-Alliance

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:

Christine Prußky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Verlag:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Anke Weltzien, Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-31, Fax: -30
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2010.

Kundenservice und Unternehmensitz:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Tel.: 0711 62900-16, Fax: 0711 62900-10
Stuttgart HRB 726594
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger
USt.-ID: DE 813031443

Bezugsbedingungen:

Ein duz-Abonnement beinhaltet 22 Ausgaben
im Jahr (12 x duz MAGAZIN, 10 x duz EUROPA).
Der Jahresbezugspreis beträgt 129 Euro, der
Halbjahresbezugspreis 68 Euro (für Studierende,
Promovenden und Referendare 35 Euro). Alle
Preise verstehen sich inklusive 7 % Mehrwertsteuer
und Versandkosten, Inland. Zusätzlich gibt es die
Möglichkeit, ausschließlich die duz EUROPA zu
abonnieren. Der Jahresbezugspreis beträgt 68 Euro
(für Studierende, Promovenden und Referendare 35
Euro). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim
Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung
wird gemäß dem Bezugsjahr (nicht Kalenderjahr)
gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere
Gewalt erfolgt keine Rückvergütung. Die Kündigung
des Abonnements muss 6 Wochen vor Ende des
Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein.
ISSN-Nr. 1869 – 7402

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge
und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist
eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages
strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des
Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages
dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie
Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion
angehören, kann keine Haftung übernommen werden.
Der Verlag behält sich vor, Beiträge lediglich insoweit
zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung
nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbe-
anzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Mangelhafte Auswahl an Frankreichs Universitäten

Paris Frankreichs Hochschulwelt diskutiert über die Gründe für die mangelnde internationale Anerkennung und Wettbewerbsfähigkeit der landeseigenen Universitäten, die bei vergleichenden Rankings enttäuschend abschneiden. Yves Savidan vom Forschungsinstitut für Entwicklung im südlichen Afrika in Marseille schreibt dazu in der Tageszeitung „Le Monde“: „Wir sind sicherlich benachteiligt durch die Tatsache, dass jeder Schulabgänger ohne Selektion Zugang zur Universität hat. Mein Sohn kann in der Schweiz nur auf eine technische Hochschule seiner Wahl gehen, weil er eine gute Abiturnote hat (...) In einem Land, das für die notwendigen Reformen, die unsere direkten Nachbarn teilweise schon vor Jahrzehnten umgesetzt haben, so unempänglich ist, gibt es kaum Hoffnung auf Besserung.“

(Le Monde, 16.09.2010)

→ Internet: www.lemonde.fr

Studiendarlehen oder doch lieber Stipendien?

Amsterdam In den Niederlanden wird über die Einführung von Studiendarlehen debattiert. Die Tageszeitung „Volkskrant“ kommentiert: „Ein System, bei dem Studenten keine Stipendien mehr bekommen, sondern günstige Darlehen, ermöglicht eine Milliardenersparung – etwas, das viele Parteien unterstützen. Wenn man den Bericht der OECD liest, dann ist dieses System für die Niederlande eine außergewöhnlich schlechte Idee. Denn die Ausgaben pro Student sind hier höher als in anderen OECD-Ländern. Das wäre kein Problem, wenn die Rendite für diese Ausgaben in den Niederlanden höher lägen. Aber das ist nicht der Fall (...) Die Einführung von Studiendarlehen schwächt den Anreiz zu studieren weiter ab. Das können die Niederlande nicht gebrauchen. Die Wissensökonomie braucht hochausgebildete Arbeitnehmer.“

(De Volkskrant, 15.09.2010)

→ Internet: www.volkskrant.nl

Sparmaßnahmen sollen Sprachfächer stärken

Kopenhagen Die Humanistische Fakultät der Kopenhagener Universität und ihr Spracheninstitut müssen sparen. Dekanin Kirsten Refsing und Institutsleiter Jens Erik Mogensen wehren sich in der Tageszeitung Berlingske Tidene gegen den Vorwurf, dies geschehe auf Kosten des Sprachunterrichts: „Die Frage ist, ob man alle westeuropäischen Sprachen und in gleicher Weise unterrichten muss (...) Das Institut für Englisch, Germanische und Romanische Sprachen wird sieben Millionen Kronen verlieren. Das ist rund ein Siebtel seines Budgets. Der Verlust soll 2011 zu einem großen Teil durch eine Umverteilung innerhalb der Fakultät kompensiert werden. (...) Die Leitung will in keiner Weise den Sprachfächern den Boden unter den Füßen wegziehen. Im Gegenteil: Zusammen mit den Mitarbeitern wollen wir eine Organisation sicherstellen, welche auf lange Sicht die Sprachfächer stärkt.“

(Berlingske Tidene, 18.09.2010)

→ Internet: www.berlingske.dk

Teufelskreis mit Folgen

Oslo Unnötige Bürokratie belastet das Verhältnis zwischen Forschern und dem Ministerium in Norwegen, schreibt der Vorsitzende des Studentenparlamentes der Universität Oslo, Aksel Braanen Sterri, in einem Debattenartikel in der Tageszeitung „Aftenposten“: „Forscher besitzen nicht mehr das Vertrauen von Forschungsministerin Tor Aasland. Ihre Leistungen für die Gesellschaft werden nicht mehr mit Freiheit und Flexibilität belohnt, sondern ihnen wird mit Misstrauen und Kontrolle begegnet. (...) Dieser Teufelskreis ist eine tickende Zeitbombe für die Universitäten des Landes. Wenn die Gesellschaft den Gesellschaftsvertrag mit den Universitäten bricht, sehen Forscher bald keinen Grund mehr dafür, Extraleistungen für die Gesellschaft zu erbringen.“ (Aftenposten, 19.09.2010)

→ Internet: www.aftenposten.no

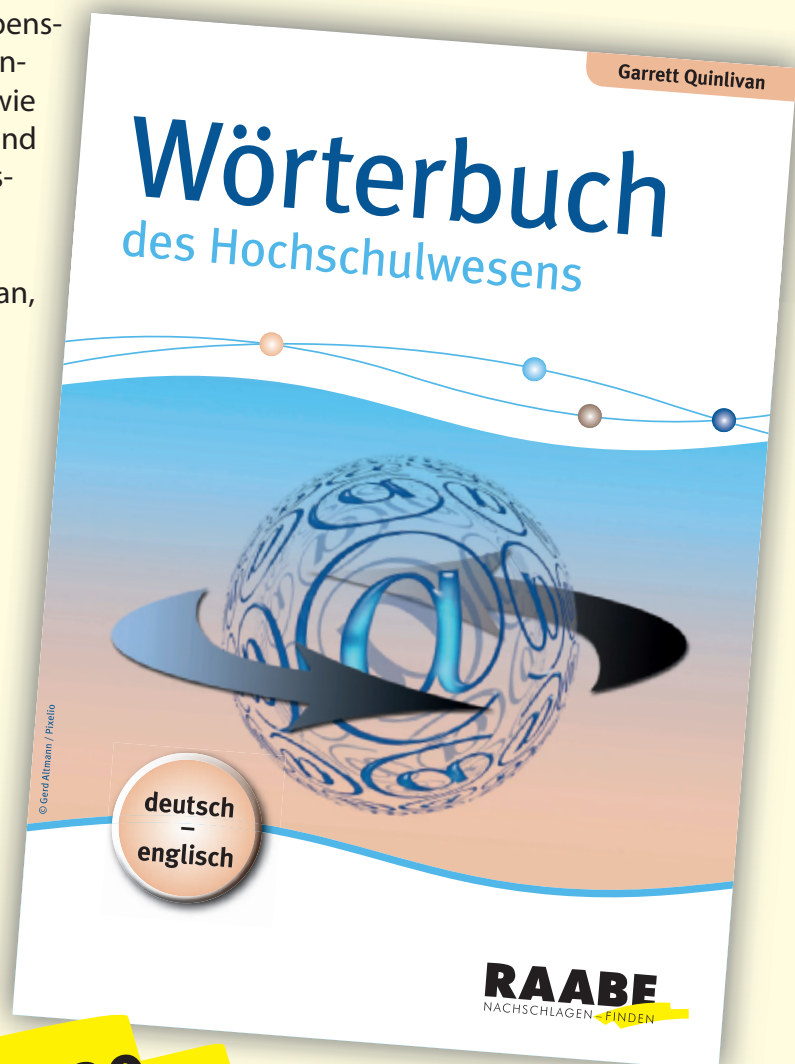
Ihr unentbehrlicher Begleiter in der internationalen Hochschulkommunikation

Im Büro und unterwegs – dank praktischem PDF-Format
Über 4000 Einträge plus verwandte Begriffe und Deutungen

Das Wörterbuch des Hochschulwesens ist ein Nachschlagewerk für all diejenigen, die Wörter aus dem administrativ-institutionellen Bereich der Hochschule ins Englische übersetzen möchten.

Mit diesem Helfer in allen Lebenslagen des Hochschulalltags finden Sie Einträge zu Themen wie Organisation, Lehrgebieten und -strukturen, Finanzen, Lebenswelt, Standort u. a.

Der Verfasser, Garrett Quinlivan, war 30 Jahre im Hochschuldienst tätig und verfügt über Erfahrungen an amerikanischen, britischen und deutschen Hochschulen.



Nur € 29,80

Berichtigte und aktualisierte
2. Auflage 2009, 176 Seiten

Exklusiv erhältlich unter
<http://www.raabe.de> oder
<http://www.raabe.ch>

→ Hochschule/Wissenschaft/Studium
→ Kommunikation

International Higher Education is the quarterly publication of the Center for International Higher Education.

The journal is a reflection of the Center's mission to encourage an international perspective that will contribute to enlightened policy and practice. Through *International Higher Education* a network of distinguished international scholars offer commentary and current information on key issues that shape higher education worldwide. *IHE* is published in English, Chinese, and Russian.

International Issues

- 2 International Education: Alternatives to the Market
Peter Scott
- 3 Access Means Inequality
Philip G. Altbach
- 5 Asian University Presses in the Digital Age
Paul H. Kratoska
- 7 The Conundrums of MBA Rankings
Ricardo Betti
- 8 Discipline and Institution Commitment: Professorial Views
Jesús Francisco Galaz-Fontes

The "Decline" of the Private Sector

- 10 An International Exploration of Decline in Private Higher Education
Daniel C. Levy
- 12 Decline in Colombia
Lina Uribe
- 13 Ups and Downs in Central and Eastern Europe
Snejana Slantcheva-Durst
- 14 Downturn in Thailand
Prachayani Praphamontripong

Focus on India

- 16 India's New Accreditation Law
Pawan Agarwal
- 18 Kerala: The Dilemmas of Equality
Philip G. Altbach and Eldho Mathews
- 19 Half-Baked Reforms
Philip G. Altbach

Departments

- 22 New Publications
- 23 News of the Center

International Education: Alternatives to the Market

PETER SCOTT

Sir Peter Scott is vice chancellor of Kingston University London, United Kingdom, and former editor of the Times Higher Education Supplement. E-mail: p.scott@kingston.ac.uk.

The widespread assumption that academic mobility and international education are “good things” may need to be tested periodically—to ensure, first, that the lessons of mass higher education at home have been fully incorporated into concepts of international education; and second, that the even more important lessons of globalization have been factored into policies for international education. It may be insufficient simply to define international education as a mass activity, characterized by mass flows between countries and continents or large-scale student flows as one of the most dramatic examples of globalization. It is still rare for international education to be discussed on the basis of the growing tide of economic migrants and asylum seekers or on the new information and communications technologies that have, in effect, “abolished” centuries-old ideas of time and space.

MASS HIGHER EDUCATION

Mass higher education systems, with almost open access, are now the dominant types in almost all advanced societies, as well as the increasing emphasis on considerations of social equity and economic utility. As a result, traditional academic and scientific cultures have been eroded, as more and more study takes place off campus in the community, in the workplace, and in people’s homes. Likewise, research (or, more broadly, knowledge production) has moved out of the library and the laboratory and become a highly distributed activity. Most higher education systems have not simply experienced quantitative growth (in the number of students and institutions) but in addition a qualitative revolution, in terms of values and of ethos. The whole *habitus* of higher education is changing. It has become a social, as much as an academic, enterprise; or, conversely, it has become part of the knowledge-services industry—the supply chain of the knowledge economy, producing highly skilled workers and useful knowledge.

STUDENT DEMOGRAPHY

One of the most obvious changes has dealt with the demography of students. Modern higher education systems now have mass-student populations, ranging from at least a third to more than half of the relevant age groups. The fact that access to higher education—and especially to elite

universities—is still socially unequal should not be allowed to disguise the scale of the social transformation in higher education. Students are now much more representative of the wider community. They are no longer an elite group, differentiated from the mass of the population. This change of the social base of higher education, of course, reflects the wider transformation in European societies over the past half century—for example, the erosion of older class-based differences, partly as a result of greater social mobility; the decline of traditional “proletarian” industry; and the mass-media culture that embraces us all. A particularly striking aspect of this social transformation is the revolution in gender relations and the status of women. Most societies have become much more open and more fluid.

However, the status of international students tends to be different. They are more likely to come from more privileged backgrounds than home students. Many also come from societies that have resisted the deep democratization of Europe (as opposed to the shallow democratization of mass-media culture, global brands, and the rest). For some, their experience of studying abroad is a reinforcement of

Students are now much more representative of the wider community. They are no longer an elite group, differentiated from the mass of the population.

an already privileged status, although for a minority that experience may also have a radicalizing effect. In some cases their societies, while embracing economic modernization and the most-advanced technologies, have resisted what they see as the social liberalization, even the moral chaos, of the West. As a result, there are often radically different articulations between higher education and society with respect to home and international students.

INTELLECTUAL BASE

The intellectual base of higher education has been transformed as well as its social base. In teaching, problem-based learning and new forms of project-based assessment are now common. All these things are very familiar to home students. But the expectations of many international students—and, even more so, of their parents and others who fund them—can be rather different. They tend to favor more traditional patterns of teaching over more open styles of learning. Some may even associate these more open styles with the alleged moral chaos of the West. They also tend to study a different range of subjects—more likely

engineering, computing, and business and management and less likely the humanities and the more critical social sciences. As a result divergence may exist between more open learning and critical subjects, preferred by home students, and more traditional teaching and professional subjects favored by international students. A further difference is that the recruitment of international students is typically a market game, while the admission of home students is still much regarded as a public good. These dissonances may prove that the optimistic view needs to be revised of the expansion of national higher education systems and the growth of international education, both as aspects of a powerful form of liberalization. A better description may be of rival forms of liberalization, the social liberalization characteristic of mass-democratic higher education, and the economic free market in higher education that affects international education.

GLOBALIZATION

With regard to mass higher education, too little may be made of its connections—or lack of connections—with, and implications for, international education. In the case of globalization it is possible that too much is made of these connections. At times, a simplistic relationship can be assumed: globalization is an irresistible force and the advance of international education is part of that irresistible force. Little consideration is given to the possibility that globalization is not necessarily such an irresistible force (at any rate in its neoliberal manifestation) or that its connection with international education is best seen as an epiphenomenon of globalization. There is a tendency to concentrate on this single path of development for globalization—in other words, that the inevitable trajectory is toward free-market capitalism, mass-media culture, global brands, and multi-party democracy. In fact, there are several forms of globalization, and the future is much more open than the single-path theory suggests.

Even the single-path view of globalization is more complex than it appears at first sight. For some people, globalization offers great opportunities, to pursue global careers; or, if not global careers, to have their still predominantly national careers enhanced by a significant global added-value dimension. For other people, of course, globalization may mean imposed economic migration, the destabilizing of familiar communities and stable societies, and even separation from families and friends. For some institutions, especially the most successful universities in the West, the trend offers equally glittering opportunities—new research collaborations with like-minded universities in other countries, the prestige of global-university league tables (as an extension of national institutional hierarchies perhaps eroded by progressive social policies), an alternative in-

come stream if state funding is constrained, and even a new model of entrepreneurialism extendable to the rest of the university. For other institutions, of course, globalization is a threat: their academic vitality is sucked out as their most-promising researchers move abroad and their institutional norms (even their national values) are called into question, as teams from various global agencies prescribe market policies and proscribe alternative strategies. These structural inequalities of free-market globalization will remain even if the winners and losers change. These structural inequalities are bred in its bone, part of globalization's DNA.

There is no single globalization with its centers of power among gleaming corporate skyscrapers in world cities. With many forms of globalization, some violently clash. For example, there are many forms of resistance to free-market globalization—for example, the worldwide environmental movements (and other social movements) that are becoming an increasingly powerful force even in old politics. The global networks that have been developed by these new movements are at least both as dense and sophisticated as those of global capitalism. Yet, at times a profound unease rises about establishing connections between alternative forms of globalization and international education (and academic mobility), despite the fact that internationally mobile students (and staff) play a key role in developing these new global social movements and forms of political action. Perhaps this role is at least as significant as pious assertions about promoting better international understanding or selfish arguments about the contribution of international mobility to the global knowledge economy. It may also be a role that relates much better to the core critical values of the university. An urgent need exists to engage more actively with alternative globalizations and in the process to forge a deeper understanding of international education. ■

Access Means Inequality

PHILIP G. ALTBACH

Philip G. Altbach is Monan University Professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College. E-mail: altbach@bc.edu.

It seems a contradiction that access would bring inequality to higher education, but that trend is the usual case. Students, and institutions, while catering to mass access, provide vastly different quality, facilities, and focus than do elite institutions at the top, and this gulf has widened as access has expanded worldwide. Furthermore, mass higher education has, for a majority of students worldwide,

lowered quality and increased dropout rates. All of these consequences have become inevitable and logical. These effects do not argue against access but rather call for a more realistic understanding of the implications of massification and the steps needed to ameliorate the problems created by dramatic increases in enrollments.

Mass higher education now forms a worldwide phenomenon. Enrollments constitute more than 150 million worldwide, having increased by 53 percent in just a decade. Twenty-six percent of the age group now participates in postsecondary education globally, up from 19 percent in 2000. In many of the rich countries, access is over half and in some over 80 percent, and in much of the developing world enrollments are dramatically increasing. This increase in access has been universally hailed—contributing to social mobility for individuals, the expansion of the knowledge economy of nations, and an increase in skill levels worldwide. In the first decade of the 21st century, quite likely more students will study in academic institutions than in the previous 10 centuries combined.

Massification has moved largely from the developed countries, which have achieved high participation rates, to developing and some middle-income nations. In fact, the majority of enrollment growth in the coming several decades will take place in two countries—China and India. China enrolls about 23 percent and India around 12 percent of the age cohort. The region with the lowest enrollment rate, sub-Saharan Africa, which in 2007 was educating only 6 percent of the age group, is expanding access but has a long way to go.

THE CONSEQUENCES OF ACCESS

Access brings a series of inevitable changes to higher education systems. The specific impacts and conditions will vary by location, but all countries experience these factors to some extent. Countries that have more financial resources, a strong commitment to postsecondary education, and perhaps a slower growth curve may be less dramatically affected than others; but the impact is universal and of great relevance to policymakers and the higher education community.

Student populations not only expand but also become more diverse. Traditionally, universities educated only a small elite—often fewer than 5 percent of the age group. These students came from top-secondary schools and from well-educated and affluent families. Access opens higher education to young people from an array of social class and educational backgrounds, to students from rural backgrounds, and to students who are the first in their families to study at higher education institutions. One of the most dramatic implications of greater access constitutes the expansion of women's enrollments. Women are now the ma-

majority of students in many countries. Serving students from diverse backgrounds and generally without a high-quality secondary education is a challenge. Serving these students is often more expensive than educating a small elite because tutoring, counseling, and other services are needed but are seldom available. At one time, universities assumed that almost all of the small student populations they were educating had obtained a high-quality secondary education and were prepared for academic study. Expanded access has delivered many students who have neither the academic background nor the ability that was once the norm.

Expanded access obviously requires more facilities. Existing universities and other postsecondary institutions have expanded, new institutions have been built, but supply can seldom keep up with demand. Deterioration in the conditions of study for students is common if not universal. Overcrowding, inadequate libraries and other study facilities, and the inability to provide students with the courses needed to graduate constitute familiar circumstances.

Access brings a series of inevitable changes to higher education systems. The specific impacts and conditions will vary by location, but all countries experience these factors to some extent.

The academic profession has been stretched to the breaking point. Close to half of those teaching in postsecondary education worldwide possess only a bachelor's degree. Class sizes have increased, and students receive little personal attention from professors. Academic salaries have deteriorated, and many academics must hold more than one job to survive. It is likely that access has produced, on average, a poorer learning environment for students, in part because the academic profession has not grown fast enough to keep up with expansion.

Demand for access has contributed to the rise of private higher education in many countries. Governments have been unable to fund public-postsecondary institutions to meet expanding enrollments, and the private sector has taken up the slack. In much of Latin America, where public universities dominated the sector two decades ago, private institutions now educate half or more of the students. Most of the new private institutions are "demand absorbing"—unselective and often poor-quality schools providing a degree and little else. Many are for-profit. First-generation

students may be forced to attend these new private schools, which often charge relatively high tuition, because they cannot gain access to the public sector.

Massification has created the demand for quality assurance and accreditation, but few countries have been able to set up and enforce effective regimes to ensure appropriate quality standards. This environment means that at least for the present there is little transparency or knowledge about the effectiveness of much of higher education provision, particularly at institutions that serve a mass clientele.

Access growth has meant a significant increase in non-completion rates in higher education. Even in the United States, the country that developed the first mass higher education system and allocated significant resources to higher education, the proportion has increased significantly of students who take more than the standard four years to complete an undergraduate degree or who do not complete any degree. Many countries are unable to cope with increased demand and routinely “flunk out” a significant proportion of entering students.

The academic profession has been stretched to the breaking point. Close to half of those teaching in postsecondary education worldwide possess only a bachelor's degree.

Access has increased the cost of higher education—to society, individuals, and families. In much of the world, the increased cost has fallen on those who can least afford it—first-generation students and those from lower-income families. Governments cannot afford to fund access and have increased the cost of study or turned over expansion to the private sector.

THE INEVITABILITY OF INEQUALITY

The reality of postsecondary education, in an era of access combined with fiscal constraint and ever-increasing costs, is that inequality within higher education systems is here to stay. Most countries have or are creating differentiated systems of higher education that will include different kinds of institutions serving specific needs. This process is inevitable and largely positive. However, the research universities at the top of any system tend to serve an elite clientele and have high status, while institutions lower in the hierarchy cater to students who cannot compete for the limited seats at the top. Major and growing differences exist in funding,

quality, and facilities within systems. Given financial and staffing constraints, institutional inequalities will continue. Students will come from more diverse backgrounds and in many ways will be more difficult to serve effectively.

All of these issues constitute a deep contradiction for 21st-century higher education. As access expands, inequalities within the higher education system also grow. Conditions of study for many students deteriorate. More of them fail to obtain degrees. The economic benefits assumed to accrue to persons with a postsecondary qualification probably decline for many. Access remains an important goal—and an inevitable goal—of higher education everywhere, but it creates many challenges. ■

(This article also appears in *Times Higher Education*.)

Asian University Presses in the Digital Age

PAUL H. KRATOSKA

Paul H. Kratoska is managing director, NUS Press, National University of Singapore, Singapore. E-mail: kratoska@nus.edu.sg.

University presses in Asia and the West publish scholarly material, with limited commercial appeal, and face common problems arising from falling sales, rising costs, and the shift to electronic media for teaching materials. However, in North America a large number of presses are competing for a shrinking market, while Asia represents a growing market, especially for English-language publishing. Electronic publications have begun to appear in the region, but their effects are difficult to predict.

In 1950, there were more than 60 university presses in North America but just 12 in East Asia, where most scholarly publishing was handled by commercial academic presses. The final decades of the century brought a dramatic upsurge in university publishing in the latter region: China now has more than 110 university presses, Korea more than 70, Japan more than 30, and in Southeast Asia nearly every major university operates a press.

This development came at a time when North American university presses were running into serious difficulties. Sales had dropped to 500 copies or less per title, and much talk was focused on a crisis in academic publishing. Commercial academic presses responded to the situation by raising prices to \$150 or more per copy and selling almost exclusively to libraries; but university presses, operating as not-for-profit educational publishers, attempted to maintain more affordable prices. To earn additional income, some offered trade publications—coffee-table books,

cookbooks, hiking guides, bird-watching manuals, and the like. University publishers also began asking authors to provide subventions to support their books.

ASIAN TRENDS

University presses in East Asia operate on a different basis. In China, they are expected to cover a significant portion of their expenses and make a financial contribution to the university. Much of their output forms textbooks and general readings; and authors of scholarly research works are expected to cover publication costs, generally with funds obtained from university grants. In Japan, university press publications are heavily subsidized by foundations, university research grants, or government bodies such as the Japan Society for the Promotion of Science. In Southeast Asia, university presses tend to follow the American model, relying on a combination of sales and university grants to survive.

The focus of university publishing in East Asia has been changing. While textbooks remain important, research publications now make up 80 percent of the output in Japan, and around half in Korea and China.

The focus of university publishing in East Asia has been changing. While textbooks remain important, research publications now make up 80 percent of the output in Japan, and around half in Korea and China. Most of this material is written in Asian languages, which limits sales to the domestic market; but the best titles represent exceptional scholarship and deserve much wider dissemination.

The top Asian universities now aspire to meet international standards for research. Their goals are to strengthen the university's reputation in order to attract research grants and government funding and to have faculty members develop international visibility. University rankings, such as those produced by the *Times Higher Education* and the (Shanghai) Academic Ranking of World Universities, offer a route to international recognition and have been embraced by university administrations. Because faculty publications play a significant role in determining the ranking of an institution, these listings have produced an increased emphasis on research.

The indexes produced by the Thomson Reuters Institute for Scientific Information (ISI) are one standard measure of research quality, and some Asian universities place

a premium on publication in any of the roughly 12,000 journals monitored for the ISI indexes. (For example, the University of Malaya expects members of the academic staff to publish 16 articles in ISI journals to qualify for promotion to full professor.) Nearly all ISI journals are in English, and partly for that reason universities place a premium on English-language publishing. For promotion and tenure exercises in China and Korea, publications in English are worth more than publications in Chinese or Korean. Japanese universities give equal weight to articles or books in English and Japanese, but junior scholars are under considerable pressure to publish some of their research findings in English.

For many disciplines, the emphasis on citations has led to a shift from books to articles as the primary locus of academic discussion in the West, a trend that is less apparent in Asia. Scholars in East Asia continue to build personal libraries and in the arts and social sciences to value books over journal articles.

Asian scholars are encouraged to submit English-language manuscripts to publishers that are deemed prestigious. Determining which presses or academic journals qualify as prestigious is fraught with difficulty, for administrators make this determination not only for a wide range of academic disciplines but also for publishers operating half a world away. Commercial academic presses with an international presence, most of them based in Western Europe, offer familiar brand names and have benefited from the administrators' dilemma.

ASIAN FUTURES

Two Asian university presses, NUS Press (formerly Singapore University Press) and Hong Kong University Press, publish primarily in English. Both have altered their publishing profiles over the past decade, moving away from an emphasis on local topics and developing strong lists of titles on East and Southeast Asia for international distribution. They struggle to overcome local perceptions that publication in the West is preferable to publication at home, but scholars in China, Japan, and Korea are often as interested in reaching the wider Asian market as they are in selling books in the West and see publishing in Hong Kong or Singapore as a way to accomplish that objective.

The growth of electronic publishing complicates the situation. Scholars in East Asia continue to value printed books and to build personal libraries. However, the major Asian universities, like those in North America, now offer course readings in electronic formats that can be accessed on personal computers, and students rarely if ever go to the library or handle physical books in preparing course assignments. With appropriate pricing, electronic materials have

the potential to improve educational standards generally across Asia, where many universities have long struggled to operate with inadequate library facilities.

E-book readers of the sort that have been available for several years in North America are just beginning to appear in Asia, but the extent to which they will be used by scholars to read academic materials is not yet clear. The same is true of such readers' impact on academic publishing. University presses in Asia, as elsewhere, need to find ways to produce and sell electronic editions of the material they publish, and most lack the resources to develop their own e-press. A solution may lie in issuing e-books through publishing consortia, but it is also possible that e-books will complete the ascendancy of large commercial publishing operations. ■

The Conundrums of MBA Rankings

RICARDO BETTI

Ricardo Betti is director-partner of MBA Empresarial, a consulting firm specialized in the development of human resources in São Paulo, Brazil. E-mail: ricardobetti@mbaempresarial.com.br.

One of the most popular readings for master of business administration applicants, the so-called MBA Rankings do not offer prospective candidates much help to make informed choices about preferred programs.

After 23 years of experience as an admissions consultant, I came to the conclusion that, given the extensive differences among the available rankings, readers would better spend their time analyzing the ranking criteria before making any valid inferences based on this superficial quality measurement.

Nevertheless, it is not so easy to break resistances and challenge deeply entrenched cultural habits, which include endless lists of rankings about almost every issue on earth. Modern society heavily consumes "top 10" lists, and MBA programs are no exception. The competition among different magazines compels them to publish their own rankings, and each statistician in charge of creating them aims to be original and come up with a different product—proliferating irrelevant or highly subjective measures of little help to the puzzled candidate facing the task of selecting a good school among thousands of options all over the world.

PROBLEMS AND CONTRADICTIONS

Otherwise respectable publications such as *US News & World Report*, *Business Week*, *Financial Times*, *Wall Street*

Journal, the *Economist*, *Forbes*, and *Fortune*, to name seven, invest considerable research effort and resources to develop and publish annual (or biennial, in some cases) rankings, supposedly shedding light on the difficult "which MBA" query, evaluating major programs around the world, and attributing to them a questionable classification, to say the least.

For the past 20 years or so, I have patiently matched these seven rankings of the most popular business schools, finding inconsistencies such as the ones verifiable in the current publications: Harvard Business School is simultaneously evaluated as number 1, 2, 3, 14, 5, 3, and 2, depending on the magazine. The same phenomenon occurs with Stanford University Graduate School of Business (1, 6, 4, 19, 7, 1, 4), the University of Pennsylvania Wharton School (5, 4, 2, 11, 9, 5, 1), Massachusetts Institute of Technology (MIT) (3, 9, 8, 4, 19, 14, 3), University of Chicago Booth School of Business (5, 1, 9, 9, 4, 4, 6), Northwestern University Kellogg School of Management (4, 3, 22, 12, 15, 8, 5), Columbia University Business School (9, 7, 6, 3, 20, 6, 6), and all the other schools contemplated by the surveys.

Rankings should be viewed only as an additional source of information (and not the main one), only acceptable if the candidates could dig into the methodology used to construct the ranking and so understand what is being measured by each different publication

My compilation encompasses all schools listed as a top 10 in any of these seven rankings; in 2010, a total of 22 schools can boast this coveted status. If a candidate decides to be more selective and pick just the top 5, he or she will come up with 15 schools. Those rare candidates that come into my office claiming that they want to study at the world's best MBA program will still have to decide among seven different options (Harvard, Stanford, Chicago, London Business School, Tuck School of Business at Dartmouth, IESE Business School at University of Navarra [Barcelona, Spain], and Wharton [Pennsylvania]).

Rankings should be viewed only as an additional source of information (and not the main one), only acceptable if the candidates could dig into the methodology used to construct the ranking and so understand what is being measured by each different publication.

For example, the *Wall Street Journal* is totally based on a survey of the recruiters' opinion at each participant school;

Fortune magazine's ranking is compiled based on schools' reputations with polled recruiters and career-placement track records. To arrive at the job placement score, *Fortune* examines the percentage of students who secure jobs within three months of graduation (20% weighting), the average number of job offers per student (also weighted 20%) and average salary in a student's first post-MBA position (accounting for the remaining 60%).

In this way, *Fortune's* methodology is a combination of the *Wall Street Journal's* approach of surveying corporate recruiters and *Forbes'* focus on postgraduation salary as a measure of return on investment. *Business Week*, on the other hand, relies heavily on the schools' reputation with polled MBA students, while the *US News & World Report* puts more emphasis on hard data, such as Graduate Management Admission Council scores, grade-point averages, salaries, and the like. The *Economist* and *Financial Times* blend American and European schools, placing respectively IESE (Barcelona) and London as the world's best MBA programs.

Any scientific mind would refuse to utilize such incongruous numbers as a reliable measure of anything at all.

Other less-popular rankings try to measure different attributes: MIT was first at the Webometrics 2009, which assessed the "presence of the school in the Web"; Wharton is first at the University of Texas-Dallas ranking, which evaluates the school's contribution to academic research; Yale is first among the non-profit MBAs; MIT is first among the Techno-MBAs; Duke is first in Intellectual Capital. The list of rankings is immense and causes more uncertainty than concrete help.

WHAT TO DO?

Any scientific mind would refuse to utilize such incongruous numbers as a reliable measure of anything at all. Unfortunately, most candidates do not make such a scientific analysis of this matter, opting to elect one of the above rankings as the absolute truth and making decisions of lasting impact based on that imprecise tool. Part of my job is to reveal the inadequacy of such an approach, stimulating candidates to learn as much as possible about each school—to understand their own goals, drives, needs, and aspirations, to speak with alumni, and whenever possible, to visit the schools before making any decision. ■

Discipline and Institution Commitment: Professorial Views

JESÚS FRANCISCO GALAZ-FONTES

Jesús Francisco Galaz-Fontes is professor of education at the Universidad Autónoma de Baja California, Mexicali, Baja California, Mexico. E-mail: galazfontes@gmail.com.

This article is one in IHE's series focusing on the Changing Academic Profession Project, an 18-nation survey of faculty attitudes worldwide.

Amid increasing expectations for socioeconomic relevance, higher education confronts, in many countries, a similar set of challenges: declining general-support levels linked with more performance-based funding, expanded enrollment demand, an increasingly knowledge-based and global economy, and a more intense managerialism. While giving unprecedented centrality to academic work, deteriorating conditions of work and of increased accountability has placed more performance pressure on the faculty.

More than 20 years ago Burton R. Clark wrote that academics live in small and different worlds, defined by the elements of their disciplines and institutions. This article explores the faculty's commitment and involvement, which constitute a critical dimension of their work

INTERNATIONAL COMPARISONS

As part of the 2007 Changing Academic Profession International Survey, faculty from 18 countries were asked to rate the importance they ascribed to their academic discipline or field and to their institution. In countries with higher education systems that can be considered "mature" (Australia, Canada, Finland, Germany, Hong Kong, Italy, Japan, Korea, Norway, United Kingdom, and the United States) or "emerging" (Argentina, Brazil, China, Malaysia, Mexico, Portugal, and South Africa), 80 percent or more of full-time academics (except for Italy, 78 percent) indicated their disciplinary affiliation to be very or fairly important. On the other hand, faculty from none of the 11 mature countries ascribed a similar importance to their institutional affiliation. In contrast, 80 percent or more of the faculty from 4 of the 7 emerging countries reported their institutional affiliation as very or fairly important to them.

So, while faculty from all surveyed countries are highly committed to their disciplines, an average of 89 and 91 percent for mature and emerging countries, academics in these countries differ considerably in terms of their self-reported institutional commitment: first, on average 57 percent of

the faculty in mature countries rated their institutional affiliation as very or fairly important; and second, 78 percent of faculty in emerging countries did so. The academic profession has long been associated with disciplinary specialization and involvement, so the first result is to be expected. However, how can we explain the diversity in the reported affiliation to institutions? In this note we explore a “pull” and “push” model that has been used previously in explaining student international mobility.

FACTORS EXTERNAL TO INSTITUTIONS

Several aspects associated with mature countries are making academics increasingly responsive to our contemporary knowledge-based and global society and, therefore, less centered on their institutions. Such factors can be seen as “pulling away” academics from their institutions.

The Outside Job Market. Among faculty in mature countries, more recently hired ones are willing to work outside higher education. When grouped according to periods in which they obtained their first full-time appointment, as an increment in nine mature countries, 10 to 33 percent of faculty reported considering, during the last five years, the possibility of going to work outside higher education. Among emerging countries, in contrast, faculty from only two countries manifested a similar tendency.

The Interinstitutional Nature of Research. When asked about their research activities, an average of 64 percent of faculty from mature countries reported to collaborate with colleagues from other institutions within their own country, while 57 percent of those from emerging countries did so. This difference widens when faculty are asked about collaborating with colleagues from other countries: on average, 52 percent from mature countries reported to do so, while an average of 36 percent from emerging countries did so.

National Cultural, Economic, and Organizational Variables. Faculty in mature countries have considered, more than their counterparts from emerging countries, the possibility of moving to an academic position in another institution, whether in the same (32 vs. 22%) or in a different (22 vs. 14%) country. Linked to this potential mobility, 43 percent, on average, of the faculty in emerging countries reported to hold a doctorate, while 72 percent of academics in mature countries did so. So, faculty in mature countries appear to be more external-oriented and, potentially, less fixed to their institutions.

FACTORS INTERNAL TO INSTITUTIONS

Factors that disengage and “push” faculty away from their institutions can also be found inside higher education institutions. Related to the increasing managerialism of the sector, the following aspects are examples of this, particularly in the case of mature countries.

On average, faculty in mature countries consider, less often than their counterparts in emerging countries, that top-level administrators provide a competent leadership (36 vs. 44%). Also, less faculty in mature countries indicated a good communication between management and academics (26 vs. 36%), and less collegiality in decision-making processes within their institutions (26 vs. 35%). Additionally, they observed a stronger performance orientation in their institutions (55 vs. 45%) and, possibly associated to such orientation, they also reported more frequently to consider their jobs as a source of considerable personal strain (46 vs. 34%). Finally, faculty in mature countries saw more of a cumbersome administrative process in their institutions (63 vs. 52%) while, at the same time, they considered less frequently that the overall working conditions in higher education have improved (22 vs. 44%).

So, while faculty from all surveyed countries are highly committed to their disciplines, an average of 89 and 91 percent for mature and emerging countries, academics in these countries differ considerably in terms of their self-reported institutional commitment.

While figures for the previous management aspects are not positive in general, it is indeed telling that faculty in mature countries have a more pessimistic perception of what is going on in their institutions. They see less of an improvement in higher education working conditions since they started their career, and at the same time, they perceive a more antagonistic management milieu. In both cases, a normal consequence could be academics’ wanting to look for alternative and better work environments.

CONCLUSION

During the last three-to-four decades, the internal and external context of higher education has changed quite dramatically. Living in a world defined by their disciplines and institutions, academics’ commitment to both can be seen as a barometer of their adjustment to change. As it turns out, not discipline but, rather, institutional commitment is the most sensitive to these disruptions and developments, particularly for faculty in mature countries. Parallel to this institutional commitment change, faculty, again particularly in mature countries, report that doing work outside higher education is becoming more attractive. Are we to see

an exodus of faculty from higher education in the near future? Will the quality of academic work suffer? Care should be taken to monitor these developments and turn national attention toward assessing their implications for the continued and future “relevance” of the national higher education system, in general, and of the academic profession, in particular. ■

The Decline of Private Higher Education: A Special Section

One of the key trends in international higher education, the rapid expansion of the private sector now holds one-third of all global enrollments. However, the growth is not unbroken or inexorable and sometimes stalls and even reverses. This special section on the decline of private higher education seeks to identify the major dynamics (including causes) of private higher education decline. Certain dynamics may have the greatest effect in a given world region or country. Sometimes we see multiple or inter-related factors within a country. In any event, dynamics such as public expansion, elevation of educational institutions to higher education status, demographic stagnation, and privatization within public higher education institutions have reversed the private higher education proportional growth in various countries.

Yet, to debate the dynamics of private higher education decline it is relevant to evaluate the shape and weight of decline. A country may experience decline in different private subsectors whether or not there is decline in the private sector overall. Declines may constitute steep or slight, temporary or long-lasting procedures. The pieces in this special section show that private higher education decline can be a noteworthy reality alongside the much-larger reality of private higher education growth. This special *IHE* section is coordinated by Joanna Musial, a doctoral research associate in *PROPHE*, University at Albany, SUNY. E-mail: jm684672@albany.edu.

The Program for Research on Private Higher Education (PROPHE) contributes an article on private higher education in each IHE issue. For this issue, however, PROPHE collaborates with a special section on the Decline of Private Higher Education. ■

An International Exploration of Decline

DANIEL C. LEVY

Daniel C. Levy is a Distinguished Professor at the University at Albany, State University of New York, and is director of the Program for Research on Private Higher Education. E-mail: dlevy@uamail.albany.edu.

Growth has rightly formed a dominant theme in the study of private higher education, and expansion continues mostly unabated. However, the *decline* of private higher education constitutes an untold reality, and growth is not a uniform, omnipresent, or inevitable course. History even records private higher education abolition. Less radically, various types of private higher education declines occur even while private numbers usually grow—a more common phenomenon on the public side in recent decades.

Reasons for private higher education decline can be categorized in two broad categories—(1) social and (2) political or public-sector policies.

SOCIAL FACTORS

The decline of private higher education is seriously caused by the lapse of social identity and distinctiveness that previously fueled private growth. The weakening of Catholic identity in the Americas is a prominent case in point. The distinctive Catholic orientation has become less defining even at private institutions that remain officially Catholic. Fewer families choose private education on religious grounds. Similarly, as mainstream society becomes more open mainstream to young women, fewer families choose private education on gender grounds.

A different socially based decline is demographically induced, as a population shift comes to affect overall demand for higher education. The demographic shift could, most dramatically, produce in higher education an actual fall or at least a reversal of strong growth. Such a basis of private higher education decrease is not common in the developing world, while there are cases (see the article on Thailand in this special section) and it is a powerful factor in the developed world. Demographic decline has not affected western European private higher education much, since private higher education is still a small sector in most countries. Yet, in Portugal, the country with the largest private higher education sector, that share fell from 36 to 25 percent, from 1996 to 2006. Some programs no longer attract applicants, and some private higher education institutions have faced deaths or at least mergers. Eastern Europe has much higher shares of private higher education, and thus the sector is more vulnerable to demographic decline.

From 1996 to 2006, Georgian private higher education fell from 34 to 22 percent of enrollment. Russian private higher education may in the next few years suffer from the national demographic crisis.

With the Republic of Korea following suit, Japan already shows the sharpest effects of demographic stagnation as a rare case of private higher education decline in absolute numbers, though the public sector has seen similar losses. Within the private sector, the lower-status nonuniversities have suffered the most, though the sector has also shown entrepreneurial skill in adding nontraditional student populations. Still, the near future could witness difficulty for the Japanese private sector, including institutional closings and mergers.

POLITICS AND THE IMPACT OF THE PUBLIC SECTOR

On the political side, public policy can strongly impact private higher education. Many policies or postures promote growth, but others have undermined growth; among the latter are the following four.

Hostile government. At the extreme, government has banned private higher education. In much of the world, private higher education was banned before it ever emerged. But communism (in eastern Europe and China) has been the most significant example about decline. Other left-leaning governments have abolished private higher education (Pakistan and Turkey), though such bans have generally been short-lived. Much less dramatically, left-leaning democratic governments have sharply boosted public-sector growth. Argentina’s 1983 redemocratization brought sudden open admissions at the national public university, and the private higher education sector dropped from 22 to 13 percent by 1985. Today, some governments have come to power on broad anti-privatization platforms.

Regulation. In other situations, without a modification of government administration, public-policy change brings a decline in private higher education. Government sometimes moves to increased regulation of private higher education. This is striking as “delayed regulation” after an initial private higher education period of rather laissez-faire proliferation. Such an evolution has been visible in much of eastern Europe, Africa, and Latin America. Licensing standards emerge or expand, accreditation is introduced, and laws are promulgated. Sometimes regulation of matters such as program offerings exceeds options faced by public universities, with their relative autonomy, own statutes, venerable legitimacy, and political power. Examples have included Thailand, Japan, Argentina, and Brazil. Rules (e.g., in accreditation) imposed on private higher education are really more suitable to the public sector. Often, public universities lobby powerfully for more restrictions on private higher education. Government-set tuition caps can be

onerous for private higher education size.

Public higher education expansion. As noted, historically, periods of sharp public expansion have occurred, which, in turn, decrease the private higher education sector’s share. This is what happened, for example, with the huge postwar development of US two-year public community colleges. Both Colombia and Thailand show the effects of rapid public expansion on the private higher education sector, as the respective articles in this special section show. Enrollment grows in existing public institutions, new institutions are created, and existing institutions are elevated to higher education status.

Privatization within the public sector. Public higher education—like other challenged public enterprises—can partly privatize. The paradox is captivating: public institutions protect themselves against private ones by privatizing themselves. Of course, the self-privatization is only partial; public universities almost never become private ones. Or it is less a matter of public university desire than necessity, due to the competition from private institutions or to government pushing their hands. Measures include “private” management methods, more market responsiveness, in-

Other left-leaning governments have abolished private higher education (Pakistan and Turkey), though such bans have generally been short-lived.

creasing in contracting, and so forth. Given the continuing public advantages of low or no tuition and often of traditional status, a degree of such privatization can be an effective bump against private higher education.

Perhaps the most dramatic (and threatening) public partial privatization is the opening of second “modules.” Tuition charging and market oriented, these programs allow public universities to take in more students than otherwise and in other ways compete right on the private universities’ turf. Kenya is a strong example, where the private share has fallen from around 20 to 10 percent. In Georgia, the proportion of self-financed students within public universities rose to 43 percent by 2002, and private higher education’s share of total higher education diminished. Several Asian public universities now also have module II programs.

CONCLUSION

Many types of private higher education do decline and for various reasons. Yet, private higher education grows significantly despite all the negative factors identified. The overall

private higher education decrease almost always refers to public- and private-sector shares, not absolute enrollment. Even proportional decline in the private sector applies only to a minority of countries. The most vulnerable private higher education is the demand-absorbing type, which underscores that all parts of the sector do not face constant vulnerability. Moreover, private higher education institutions are not inevitably hapless sufferers; evidence of new initiatives includes reaching out (including internationally) to new kinds of students, in new modalities.

The demographic shift could, most dramatically, produce in higher education an actual fall or at least a reversal

Similarly, between the private and public sectors, some factors may bring about private higher education decline alongside factors that create private higher education growth. In sum, even though growth remains the major trend for private higher education, the decline of private higher education warrants analysis for contemporary dynamics as well as historical and future ones. The major and traditional question of how society divides its activities into private and public sectors is today overwhelmingly answered in higher education as a shift to the private, but it is neither a uniform nor unrelenting shift. ■

The Decline of Colombian Private Higher Education

LINA URIBE

Lina Uribe is a doctoral research associate in the Program for Research on Private Higher Education, at the University at Albany, State University of New York, and the rector of Institución Universitaria de Comfacaucá in Colombia. E-mail: lu625667@albany.edu.

Colombia has experienced a surprising phenomenon in higher education. While opening access to a substantially greater portion of the relevant age-cohort group (36% in 2009 against only 19% in 2000), the system registered a proportional downturn in private enrollment. Such a decline is particularly unexpected, given that, historically, Colombia has largely grown its higher education system as a result of the private initiative. In fact within Latin America,

Colombia trailed only Brazil, for many decades, in the private sector's proportional share of total enrollment.

Colombia's private majority peaked at 68 percent in 1996, but private enrollment progressively fell to 45 percent in 2007, thereby returning to its 1970 level. To be sure, Colombia's private proportional downturn does not involve an absolute decrease, given that private higher education has experienced a slight increase in enrollments after 1997 (8,700 new enrollments per year on average within private institutions against 45,000 new students annually entering private institutions between 1995 and 1997)

PUBLIC EXPANSION

One factor of the private sector's downfall possibly relates to the increased tuition for private institutions, reducing affordability, and shrinking the tuition gap between public and private institutions. Much more important, however, in explaining the private sector's drop is the astonishing public education growth. Private enrollment increased only by 18 percent, while public higher education expanded by 196 percent between 1997 and 2007. The system achieved almost 590,000 new enrollments during that period, of which 84 percent of new students were in the public sector.

The growth of public higher education is based on governmental actions within a set of varied policies and programs to increase coverage, as a fundamental goal. Public expansion definitely succeeded. In contrast, a government effort to stimulate demand for private nonuniversity programs through student financial aid has not had similar impact (only about 7,000 new entrants came into nonuniversity private colleges between 2002 and 2005).

TRENDS

The private-sector decline in Colombia is opposite to Latin America's overall expansion of private enrollment, which has progressively grown to 49 percent. Furthermore, the decline experienced by Colombia appears unique in recent years (1990s–2000s) among Latin American countries, where private sectors have grown (Chile, Costa Rica, Guatemala, Mexico, Peru, and Nicaragua) or remained stable (Argentina, Bolivia, and Paraguay).

On the other hand, even though Colombia's private enrollment decline lasted a complete decade, in 2008 the enrollment growth shifted again to be higher in private institutions than in public ones (8.3% and 4.3%, respectively). This fact fits the tentative global finding in which declines are seen to exist for certain time periods.

The Colombian case also fits a more robust phenomenon found in the global private higher education literature—private-sector decline amid private enrollment growth. A more specific factor fit is how the private-sector decline is largely the result of the upgrading of a type of

public education to higher education status, as shown in the article on Thailand in this issue. On the other hand, the Colombian private decline does not fit those cases (e.g., Japan), where declining demographics explain the downturn in private higher education. While the Colombian population aged 17-to-21 years increased only by 9 percent, higher education enrollment grew by 44 percent, between 2002 and 2008. ■

Ups and Downs across Central and Eastern Europe

SNEJANA SLANTCHEVA-DURST

Snejana Slantcheva-Durst is assistant professor of higher education at the University of Toledo, Ohio, and a collaborating scholar with the Program for Research on Private Higher Education. E-mail: snejana.slantchevadurst@utoledo.edu.

Studies of private higher education in the countries of the European Union (EU) have identified sizable differences in private provision between central and eastern European countries and their western counterparts. Larger private higher education sectors are much more common across central and eastern Europe, while private sectors in western European countries have remained mostly marginal. Ten central and eastern European countries joined the EU in 2004 and 2007 and aligned the reform agendas of their higher education systems with the wider processes of Europeanization and harmonization. They include Bulgaria, the Czech Republic, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Romania, Slovakia, and Slovenia.

After the fall of the communist regimes in 1989, private institutions of higher education multiplied to varying degrees in all countries of central and eastern Europe. The establishment of private institutions in postcommunist Europe took place rather quickly. While most cited examples come from Latvia, Poland, and Romania—where more than one-third of all students are currently enrolled in private institutions—the majority of central and eastern European countries maintain private enrollment patterns ranging between 7 and 21 percent.

Over the last decade, private enrollments across central and eastern Europe reveal different dynamics in national arrangements of private and public sectors, based on a conscious attempt on the part of national governments to optimize the provision of higher education in their countries. Most recent trends reveal slow private growth in most of these 10 countries. Yet, examples of temporary decline,

within all or some forms of private provision, have also been noted throughout the decade. Alongside the cases and trends in the other articles of this special section, the declines in central and eastern Europe are mostly small in scope and persistence, underscoring that this aspect of private higher education does not need to be viewed as dramatic or permanent.

PRIVATE UNIVERSITY ENROLLMENTS

At least one period of temporary decline in private provision can be identified in most central and eastern European EU countries between 1999 and 2009. Enrollments in the private-university sector went down as a result of legal changes in Bulgaria, between 1999 and 2000; in Estonia, between 2002 and 2003; in Hungary, in 2003; and in Romania, be-

After the fall of the communist regimes in 1989, private institutions of higher education multiplied to varying degrees in all countries of central and eastern Europe.

tween 2001 and 2003. Drastic, but still temporary, reduction of private provision occurred in Slovenia, where private university enrollments plummeted by almost 100 percent in 2003. In most of those cases, private university enrollments picked up subsequently, while rarely surpassing the predecline levels—as in Bulgaria and in only two other countries, Latvia and Hungary—private-university enrollments have maintained the downward trend. Thus, for the most part, private declines in university enrollment have been limited in duration.

PRIVATE NONUNIVERSITY ENROLLMENTS

The private provision in the nonuniversity sector needs to be examined as well. Again, growth (often extensive) is more common than decline in these lower professionally oriented qualifications and institutions—often known as professional colleges, offering short-cycle degrees and qualifications. In most countries, many of these colleges were created early on after the political changes. The nonuniversity institutions tend to be smaller, focus mostly on teaching, and have a relatively narrow programmatic scope of occupation-oriented programs—concentrating on management, marketing, economics, agricultural studies, insurance and finances, tourism, computer sciences, and theater. They are primarily student oriented, often closely connected

with the labor market and regionally engaged. Private-non-university enrollments have shown more resilience in several countries in the region. Examples come from Bulgaria, Lithuania, and Latvia. For the period 2004/05–2008/09, private-college enrollments in Bulgaria and Lithuania rose by 208 percent and by 74 percent in Latvia. The number of short-cycle colleges increased most pronouncedly in Latvia—where they doubled—while a slight increase of 3 percent in the numbers of colleges is also noted in the Czech Republic.

In several central and eastern European countries, growth in the private-nonuniversity, short-cycle higher education subsectors probably formed an emerging future trend within the overall region and beyond. The intense factors of this trend might include the necessity for creating a wide variety of lifelong-learning opportunities, the growing need for retraining and further education from increasing numbers of adult learners, the declining ability of state budgets to support large-scale educational provision for more people, and the necessity to relate higher education provision to the world of work.

However, growth of this sector has not formed a widespread phenomenon throughout the region. A decline in nonuniversity private enrollments has also been noted. The private-nonuniversity enrollments grew by 63 percent in Estonia in 2002 and then declined, only to pick up slowly after 2005. Similar examples come from Latvia and Slovenia, while private-nonuniversity enrollments in Poland, Romania, and Slovakia have been decreasing over the last several years. Of course, private-nonuniversity enrollments across the region are much smaller in general, and rates of decline or growth rarely have a strong impact on the overall higher education sector.

THE RESILIENCE OF PRIVATE INSTITUTIONS

The variety of private higher education development among central and eastern European countries reflects each country's ongoing search of optimal approaches to balance high demand with limited resources and shifting demographic trends. Across the region, private higher education institutions are relatively new but have played an important role in increasing educational opportunity and satisfying demand. Declines in private provision of higher education have been limited in range and time, yet have occurred in both the university and nonuniversity private sectors—and sometimes in total private enrollments. However, a consideration of the university and nonuniversity sectors separately indicates that private provision in the region has remained resilient, especially in the nonuniversity sector. ■

The Decline of Thai Private Higher Education

PRACHAYANI PRAPHAMONTRIPONG

Prachayani Praphamontripong is a PROPHE affiliate, University at Albany, SUNY. E-mail: prachayani@yahoo.com.

The rapid growth of Thai private higher education during the 1990s brought the sector to a peak of 20 percent of the total higher education enrollment, lasting for a whole decade. However, since 2002 the private higher education sector has experienced stagnant and declining enrollment (in both colleges and universities). By 2007 private higher education constituted just 10 percent of the system. In contrast, almost all types of public higher education institutions increased their enrollment percentages. The exception has been the public Open Admission University subsector, where even absolute enrollment has declined since 2003. While private higher education leaders speculate that public expansion and public privatization are the main factors for their declining market share, their public counterparts argue that such a drop mainly involves the country's population shifts.

Privatization of public universities is another facet of public-sector expansion challenging private higher education growth.

PUBLIC EXPANSION

Private higher education institutions are concerned about hefty public expansion. Such a tension occurs where public universities have increased their branch campuses. Since the late 1990s branch campuses have become a popular policy for public universities. They typically offer full- and part-time programs operated in secondary schools or shopping malls. They also offer programs similar to those already provided by private higher education in nearby locations. Most features of this rather nonselective public expansion echo characteristics of demand-absorbing private higher education in Thailand and worldwide. However, little burgeoning demand exists for these private institutions to absorb. Thus, Thai public expansion instead pulls away existing demand from private higher education institutions. Meanwhile, branch campuses of private higher ed-

ucation institutions were forbidden until the private higher education act 2550 (in 2007) deregulated this policy. Nevertheless, private higher education institutions willing to expand are still encumbered by regulations that closely monitor them in many aspects. Consequently, only a few private universities practice the branch campus opportunity.

Furthermore, the private higher education sector declines even where public institutions do not expand. Instead, some public education institutions are elevated to university status. The major examples are Rajabhat Institutes (teachers colleges) and Rajamangkla Institutes of Technology. Both were uplifted to university status in 2003, thereby raising the enrollment share of the public sector.

Government policy increasing public seats in the Central University Admissions system is another challenge to private higher education. Although the policy does not specify on diminishing private higher education, it has that effect. A common private higher education complaint is that most public universities do not limit their admissions to only one round, but prolong the process by also accepting applications subsequently. It becomes more burdensome for private higher education institutions to recruit prospective students. In the end, all private institutions feel the impact of less restrictive public growth.

PUBLIC PRIVATIZATION

Privatization of public universities is another facet of public-sector expansion challenging private higher education growth. As the privatization brings autonomy in management and choice to the public universities, it allows them to act more effectively in the increasingly competitive marketplace. Although private higher education institutions are often flexible, efficient, and speedy—compared to traditional public counterparts—once becoming autonomous, public universities narrow that gap. A key issue is that they then combine this autonomy with their financial advantage; whereas private higher education institutions do not receive any direct government funding, all public universities are government subsidized for their annual operations. In becoming autonomous, public universities still receive government budgets but are not regulated under the old bureaucratic procedures. With a block grant, autonomous universities are able to manage their financial allocation without interference. Because of the financial subsidies paired with the new freedom, public autonomous universities are at an advantage in the market competition.

Nonetheless, some private higher education institutions are not bothered by this public transformation as long as the government enforces similar standards on both sectors. However, private higher education institutions are often more regulated than are their public university counterparts.

FURTHER DECLINE?

Whether Thailand’s private higher education share continues to decline will depend in large part on the extension, intensification, or weakening of public-sector dynamics that have already taken their toll on private higher education. Principally, this includes public expansion—in terms of the growth within higher education and elevation of public institutions to university status—and through public partial

Government policy increasing public seats in the Central University Admissions system is another challenge to private higher education.

privatization. Regarding public expansion, Thailand’s total higher education already constitutes 56 percent of the cohort-age group, so the system may not receive much room to expand at the recent rate. On the other hand, in view of the global and especially regional context much of the expansion may come on the private end. The Thai private higher education share (10%) is far from the East Asian share (38.6%). It is not known whether the private higher education sector will resume its earlier growth or continue to decline.

Other dynamics will also present challenges to private higher education. Not accepting responsibility for private higher education’s present enrollment struggle, public universities point instead to shifting demographics. Thailand has been in a population-declining phase since the 1990s. Statistics project a drop of the 10-to-24-year age group, which will eventually result in decreased demand for higher education. Such a population fall-off could especially hit private higher education’s demand-absorbing subsector. As in East Asia, generally, this is the largest private subsector and is composed of small institutions, usually among the least-desired choices for prospective students. Japan’s demographic fall has hit higher education especially on the low-end institutions. A question involves how many such Thai private higher education institutions will be able to survive shrinking supply, particularly if the public sector keeps expanding. ■



In addition to our Web site and Facebook page, we are now tweeting. We hope you will consider “following” us on Twitter!

India's New Accreditation Law

PAWAN AGARWAL

Pawan Agarwal is a senior civil servant from India and author of Indian Higher Education: Envisioning the Future (Sage, 2009). The views expressed here are personal. E-mail: apawano8@gmail.com.

In India, an unprecedented growth has been under way in the number of universities and colleges. During the past five years alone, 200 new universities and 8,000 new colleges were added, taking the totals to 525 and 25,950, respectively. This exceptional growth has raised concerns about quality. Voluntary accreditation established two decades ago is struggling to demonstrate its viability. Less than one-sixth of the colleges and one-third of all universities have obtained accreditation so far. The issue is not based on capacity alone; accreditation has no consequences and therefore is not valued much. Most universities and colleges are unwilling to subject themselves to accreditation.

THE NEW ACCREDITATION LAW

A new accreditation law is currently before the Indian Parliament for approval. The law would provide mandatory periodic accreditation of all institutions and programs by registered accreditation agencies. Mandatory accreditation of over 26,500 institutions and a mind-boggling number of programs would require many competent and reliable accrediting agencies. The law therefore provides for a National Accreditation Regulatory Authority for Higher Educational Institutions that will register such agencies and monitor and audit their functioning. The full text of the National Accreditation Regulatory Authority for Higher Educational Institutions Bill, 2010, is available at http://164.100.47.5/newcommittee/press_release/bill/Committee%20on%20HRD/The%20National%20Accreditation.pdf.

Under the law, accreditation agencies would constitute nonprofit entities strictly regulated by the national authority and would run primarily on accreditation fees collected by them from institutions. Their ownership, governing board, and bylaws could only be changed with the approval of the authority. Further, the accreditation process and fees they charge would also be prescribed by the authority. Norms and standards to be followed by the accreditation agencies would, however, be specified by the concerned statutory regulatory bodies. The existing accreditation agencies, namely National Accreditation and Assessment Council and National Board of Accreditation, will both continue to function until they are registered with the new authority.

All new institutions would require compulsory accredi-

tation before they admit students, although existing institutions and programs would get three-years time to do so. Those that are already accredited will go for accreditation only after their current period of accreditation expires. In the new law, for nonaccreditation, there are stiff penalties extending up to two years of imprisonment or fines up to one million rupees (US\$22,000), or both. Central government may, however, exempt some institutions from mandatory accreditation.

The law brings quality in higher education to the center stage. It provides an autonomous institutional structure with statutory backing to register and regulate competent professional accreditation agencies. The law makes the registration and accreditation process time bound, transparent, and reliable. It expects to provide credible information on academic quality and assist student mobility across institutions. India aspires to bring its quality-assurance practices at par with the global standards with this course of action. By favoring multiple agencies, the law provides choice to higher education institutions. However, given the size and complexity of the system, its implementation is going to be a humongous task.

IMPLEMENTATION CHALLENGES

Effective implementation of this law requires understanding of realities and resolution of several areas of ambiguities in the law itself. Accreditation and regulation are often interchangeably used. In some countries, accreditation means approval by a government authority, while accreditation practiced in India is a US import, with external quality assurance based on peer review. This pattern is aimed at maintaining and improving academic standards. It assures that students achieve specific levels of knowledge, skills, and abilities as a consequence of their engagement in a particular education program.

In the United States, accreditation includes consideration of physical infrastructure, human resources (including faculty), administration, and governance structures. For some professional fields, there may be additional licensing evaluations. To be effective, India's accreditation practices have to build upon a prevailing system of recognition and approval of institutions and programs. The law seems to ignore them.

The law is based on unreal expectations. It assumes that several competent accreditation agencies will come up and accredit all institutions and programs in the next three years and then do so periodically thereafter. This process is unlikely to happen due to stringent (rightly so) eligibility conditions. For fear of prosecution, it is likely that many more institutions would submit themselves for accreditation, but it is doubtful if all of them would be accredited any

time soon. Many institutions and programs would remain unaccredited and might face closure and stringent penalties. Closure of institutions and programs is not easy, given the fallout on students and staff and that prosecution is often a long-drawn process.

In contrast, US voluntary accreditation derives its influence almost entirely from the fact that the national government utilizes institutional accreditation to determine college and university eligibility for federal student aid, which is an important funding source for most institutions. In addition, students from unaccredited institutions are unable to transfer to accredited institutions. As a result, students opt only for accredited institutions; unaccredited institutions are nonviable and hence wither away overtime rather than being prosecuted or forced to close.

Voluntary accreditation established two decades ago is struggling to demonstrate its viability. Less than one-sixth of the colleges and one-third of all universities have obtained accreditation so far.

A WAY FORWARD

Considering the mammoth task of accrediting about 26,500 institutions and hundreds of thousands of programs offered by them, it is necessary to design an effective quality-assurance strategy for the country. With 90 percent enrollment at the undergraduate level and 60 percent at the postgraduate level in colleges affiliated to the universities, affiliating universities could play an important role.

Responsibility of accreditation could be shared. For instance, accreditation of arts and science colleges in the states (other than those affiliated to the central institutions—those funded by the central government) may devolve on the state government or agencies under them. Programs other than professional programs are usually not accredited, and their quality is assured through the institutional accreditation process. This would take away a large burden of program accreditation.

Specialized stand-alone professional institutions in areas such as engineering, architecture, pharmacy, and nursing could be accredited by the concerned professional agency avoiding duplication of efforts. There is a possibility of roping private agencies in as specialized programs of study like insurance, maritime education, and so on. Credit Rating and Information Services of India Ltd is already ac-

crediting maritime institutions on behalf of the Directorate General of Shipping, a government agency. There could be a few more opportunities like this.

The remaining universities and colleges could be accredited by the National Accreditation and Assessment Council. This agency could be reorganized into five independent regional accreditation councils. Based on objective criteria and using an exemption clause in the new law, some top research-intensive institutions may be declared as self-accrediting institutions in the spirit of giving them full autonomy. Thus, it is possible to cover all institutions and programs through a planned and decentralized approach and responsibility sharing.

In place of making accreditation mandatory by law, it would be more practical to create other requirements. Accreditation could be mandatory to access all types of government funds—institutional or research grants and student aid. Accredited institutions could be ensured not to take students on transfer from unaccredited ones. Also, institutions that do not seek government funds could be brought into the accreditation fold. The power of student choice would make accreditation de facto mandatory.

CONCLUSION

Implementing India's new accreditation into its present form, despite its laudable objective and pious intent, would be an uphill task and a long struggle. Accreditation as conceived in the new law is not really a quality-assurance practice but, rather, a binding government regulation that is unlikely to work. The new law should rely on linking accreditation to government funding and student transfer in place of stiff penalties. A holistic and structured approach with multiple agencies is needed to assure quality for the large and expanding Indian higher education system. ■

India's Proposed Reforms: Somewhat Half-Baked

PHILIP G. ALTBACH

Philip G. Altbach is Monan University Professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College. E-mail: altbach@bc.edu.

From down here in Thiruvananthapuram, the capital of Kerala in south India, the government's higher education reform proposals look a bit different than in glitzy New Delhi. Kerala, ruled now by mild-mannered communists,

who have had power here off and on for the past half century, is less market oriented and commercialized than up north. The state has universal literacy, the highest in India, a lack of visible poverty in striking contrast to much of the recent state of affairs in India, and a higher education access rate of about 18 percent—double the national average. Kerala's main export is its people, many well educated, who work all over the world but particularly in the Gulf countries. Indeed, a quarter of the state's income consists of remittances from those workers—many of them well-educated professionals.

A conference devoted to a discussion of the reform policies, soon to go before Parliament with a strong likelihood of passing, was unsurprisingly critical of most of the measures. The overriding criticism involved the underlying commitment in the reforms to linking Indian higher education to global trends of commercializing higher education and uncritically linking India to the global knowledge economy. The spearhead of internationalization is the bill to open India's higher education system to foreign institutions. The proposals were criticized for uncritical acceptance of yet to be determined foreign institutions and initiatives, unrealistic expectations for foreign institutions to provide significant access, and new ideas for India's admittedly moribund academic system. Some see the proposals as a kind of "new neocolonialism."

While the foreign providers' proposals have received the most international coverage, they include only a small part of a large package of changes. There was wide criticism of "dictation from Delhi" and the "regulation raj" of too much centralization of a higher education system that has traditionally given a great deal of autonomy for the states—as stipulated in India's constitution. A proposal to set up a powerful self-perpetuating panel to rule on a range of higher education issues faced criticisms, as did a bill that would set up tribunals to adjudicate problems in the system.

Accreditation has long been a problem in India. The agency set up several decades ago has only accredited a small proportion of India's universities and colleges. The reforms propose a new mechanism and dismantled the old one but do not clarify exactly how the new arrangements will work. The reform proposals recognize that Indian higher education suffers from significant corruption and proposes new mechanisms to prevent that. Several of the existing key agencies that have controlled higher education nationally, such as the University Grants Commission and the All-India Council for Technical Education, have uncertain futures.

The critics pointed to problem after problem in the actual forthcoming legislation: unclear wording, incomplete plans for specific agencies, unrealistic expectations for proposed committees, and other lapses. For this observer, it

did seem that the legislation, at the very least, needs some significant tweaking if it is to have a good chance of success even on its own terms.

Additional proposals, not specifically tied to the legislation, also seem rather unrealistic. The minister of Human Resource Development, Kapil Sibal, who is a powerhouse of ideas and proposals, has by fiat set up at least one central government university in each of India's states. He has proposed an expanded number of Indian Institutes of Technology and Indian Institutes of Management, crown jewels in India's postsecondary system, and promised a dozen or more "world-class research universities" in a short period of time. The problems involving all of the proposals are manifold—perhaps the most significant issue is personnel, since there are simply not enough high-quality academics to take up jobs in these new institutions. Indeed, the existing IITs are facing serious staffing problems as many academics are reaching retirement age. Further, the amounts of new funding being made available for these initiatives is completely inadequate.

The overriding criticism involved the underlying commitment in the reforms to linking Indian higher education to global trends of commercializing higher education and uncritically linking India to the global knowledge economy.

Viewed from down south, the flaws in India's grand plans seem rather clear. Perhaps the Delhi power elite believes that change can come on the cheap with somewhat half-baked plans. Perhaps they just want to get the country's higher education system out of its lethargy. The current set of plans, like many of the ill-fated reform proposals of the past, does little to change India's 20,000 undergraduate colleges—currently steeped in bureaucracy and outmoded teaching methods—and little to reform the country's 400-plus universities. Without grappling with the existing universities, reform will in any case be very incomplete. It is all daunting—perhaps "mission impossible." ■

(This article also appears in *Times Higher Education*.)



In addition to our Web site and Facebook page, we are now tweeting. We hope you will consider "following" us on Twitter.

Kerala: The Dilemmas of Equality in Higher Education

PHILIP G. ALTBACH AND ELDHO MATHEWS

Philip G. Altbach is the Monan University Professor and director of the Center for International Higher Education at Boston College. E-mail: altbach@bc.edu. Eldho Mathews is research officer at the Kerala State Higher Education Council. E-mail: eldhomathews@gmail.com.

One of India's smaller states offers some interesting lessons concerning higher education and its role in development as well as alternative approaches to higher education policy. The state of Kerala, on India's southwest coast, is unusual in the Indian context. The state's social and political circumstances have contributed to its higher education development. Kerala has a population of 31 million, with an unusual religious mix by Indian standards—one-quarter Christian, one-quarter Muslim, and about half Hindu. It may be a useful case not only for India but for other developing countries.

While not wealthy even by Indian standards—it ranks ninth in gross domestic product among India's 28 states—Kerala is by most measures the most advanced state in India in education. It has universal literacy and enrolls around 18 percent of the age group in postsecondary education, double India's average and almost on a par with rapidly developing China. Women constitute more than 60 percent of the total higher education enrollment—the highest in India. The state also boasts the highest Human Development Index rating in India, with the highest life expectancy and the lowest infant-mortality rate.

Politically, Kerala also represents an interesting case. Its current government is a coalition dominated by the Communist Party of India (Marxist). The communists, who have been in power off and on since the 1950s, have in many ways shaped modern Kerala's society. Kerala was the first state in the world to actually elect communists to power. Early on, they were able to push through meaningful land reform and have emphasized social services, education, and income redistribution. An active media keeps debate lively and helps to promote transparency and a high degree, by Indian standards, of probity in government. Everyone seems to belong to a union—including university and college teachers, students, and campus workers. One vice chancellor said that one of her main jobs was keeping track of and consulting with unions. Most of the population seem to be represented by some organization, thus giving a voice to much of the population.

The vast chasm between rich and poor, so evident in India and much of the developing world, seems much less obvious in everyday life in Kerala. Corruption seems less endemic and social relations, in general, more stable.

Kerala missed out on India's "industrial revolution." Perhaps industries were leery of the well-entrenched unions. This means that the pollution of the environment common elsewhere is largely missing in Kerala—the state's informal motto is "God's Own Country"—an effort to build up Kerala's successful tourist industry. There is also not much of an economic base—agriculture and the fishing sector remain important, as does tourism, and also the export of skilled personnel, especially to the Gulf countries. Here, Kerala's high levels of literacy and its well-educated population have contributed to the attractiveness of its world force. Almost a quarter of the state's gross domestic product comes from the remittances of overseas workers. Policymakers are now fostering "technoparks" in the hope of making the state attractive to India's burgeoning information-technology sector; the first technopark was established in Thiruvananthapuram, the state's capital in 1990. Yet, Bangalore is currently the major hub for information technology companies and is India's "silicon valley," and Kerala is struggling to catch up.

HIGHER EDUCATION IN THE MIX

Kerala shares India's higher education problems but has tried with some success to ameliorate them. The "affiliating" system ties undergraduate colleges to universities that set examinations, impose a variety of rules, and regulate them. The University of Kerala, one among the first 16 universities established in India, is the state's premier institution. It has 198 affiliated colleges that educate around 100,000 students. Some of these colleges are located as far as 140 kilometers from the university campus. A majority of the colleges are private and managed by a variety of religious, social, and other nonprofit organizations. Many are "aided" and receive government funds; they tend to be the better ones in terms of infrastructure and facilities. The growth in recent years of private colleges, mainly in such fields as medicine, engineering, information technology, nursing, and management studies that receive no government funding—many of which are quasi-for-profit—has created problems for the university authorities as they are asked to provide affiliation to institutions that may be of questionable quality. Nearly half of the affiliated colleges—a total of 797 in the state—are controlled by private managements, mainly sponsored by the Christian or Muslim minority communities or individuals belonging to these communities.

Facilities at most of the colleges and in the university departments as well are well below international standards,

often with outdated laboratories and rudimentary information technology facilities and inadequate libraries. In addition to supervising the colleges, the universities provide postbaccalaureate instruction. All postsecondary education in the state is in English.

KERALA'S HIGHER EDUCATION POLICIES

The state's approach to higher education is somewhat unique in the Indian context. Most higher education in the state was at one time supervised and funded by the state government. However, this situation has been changing, especially during the last decade. Resource crunch and budget constraints have forced the universities to change priorities. While India's central government has with a few exceptions ignored Kerala, given its commitment to sponsor at least one central university in each of India's states, the government plans are proceeding to build a central institution in a rather isolated location in the northern part of the state. This development is not understood by most higher education experts in the state, since it is unlikely that such an institution located far from academic or urban centers can succeed.

In keeping with its egalitarian philosophy, the government has provided generally equal support to all of the universities and has not identified any as a "flagship." Thus, there are few nationally or internationally prominent universities in the state. One exception is the Cochin University of Science and Technology. The central Ministry of Human Resource Development recognized the university's excellence and supported upgrading it to the level of the Indian Institutes of Technology. However, a campaign against the conversion of the university into an IIT forced the authorities to shelve the plans. The Indian Institute of Space Science and Technology has been recently established by the central government in Thiruvananthapuram. The Sree Chitra Tirunal Institute for Medical Sciences & Technology, Thiruvananthapuram, is another exception; this institution has the status of a university and offers postdoctoral, doctoral, and postgraduate courses in medical specialties and health care technology and is under the administrative control of the Department of Science and Technology, Government of India. Indian Institute of Science Education and Research, Thiruvananthapuram, established in 2008, can also be considered a nationally prominent institution. It is an autonomous institution affiliated to the Ministry of Human Resources Development. As a matter of policy, Kerala might be well served if these institutions were closely linked or even merged so as to combine these high-quality institutions and produce a world-class scientific institution in the state.

Several of the arts and sciences undergraduate colleges that have a long historical tradition—such as University

College in Thiruvananthapuram, the capital, or Maharaaja's College in Kochi—are able to attract a number of bright students. But these institutions' facilities are far from world class. However, most of the top students prefer professional courses in engineering, medicine (which is an undergraduate subject area in India), and business. Currently there are 96 engineering colleges in Kerala. Almost 90 percent of them had started functioning during the last decade, and only 11 of these colleges are government sponsored. Of the 96 colleges, 60 of them are purely private institutions. In general, their facilities are no better than the average found in the state.

Kerala has instituted a few significant reforms—changes suggested by national authorities but not initiated widely so far. These innovations include a semester system and reforms in the traditional undergraduate examinations. The idea is to provide better assessment through more frequent examinations and evaluations tied more closely to course content. This reform required significant changes in the way the curriculum was organized, how courses are taught, and how they are assessed. Policymakers hope that it will result in improvements in teaching. The Higher Education

Kerala shares India's higher education problems but has tried with some success to ameliorate them.

Council was set up to provide advice to the state government, conduct research on higher education issues, and serve as a forum for discussion about higher education. The central government recommended that all of the states organize such agencies, but so far only a few states have done so. The council does not have the power to implement reforms and only makes recommendations to government and the universities.

Kerala, like all of the states, is grappling with the rapid and largely unregulated expansion of new private colleges and specialized postsecondary institutions. On the one hand, there is a need for greater access, and these new private colleges provide this. But on the other, many of them are of dubious quality, operate on the edges of quality control, and are largely organized to earn a profit for the owners. They serve high-demand fields such as management, information technology, and related technical fields. A few are medical colleges. So far, a good deal of grumbling about

these institutions has taken place but little action to control them.

Although an increase in the number of higher education institutions and student enrollment over the last two decades has taken place, inequalities based on the quality of primary and secondary schooling have been on the rise during this period. One of the most observable effects of this change is in the relationship between type of schools attended and admission to professional colleges. This trend is evident in the outcome of medical-engineering entrance examinations conducted by the government. Entrance to the medical and engineering colleges in Kerala is largely based on an entrance examination conducted by the government every year. However, students from the Central Board of Secondary Education affiliated schools and Council for the Indian School Certificate Examinations affiliated schools have a better chance to bag the top ranks of this examination. Most of these schools are in the unaided/for profit sector. However, more than 80 percent of the higher secondary students in the state are pursuing studies in post-secondary institutions affiliated to the Directorate of Higher Secondary Education of the Government of Kerala.

The state's approach to higher education is somewhat unique in the Indian context.

The majority of the top-rank holders of the entrance examination for professional programs emerge from the middle and upper strata of the society. The parents have the financial capacity to send these students to entrance coaching centers. This has created a situation in which the entry routes to higher education are differentiated on the basis of wealth. Coupled with this, personal and parental choices have become an important feature of Kerala's higher education. Students and parents these days are quite conscious about the inseparable link between academic choice and careers. The emergence of a new middle class in Kerala society accentuated this phenomenon. Naturally, this period witnessed an increase in the number of self-supporting students from Kerala going abroad to study.

A WAY FORWARD

Kerala quietly has provided acceptable-quality higher education, by Indian standards, to a remarkably large part of

its population. It has implemented several meaningful reforms in recent years, and higher education remains an issue of concern for the government and the public at large. A few policy initiatives may be useful to further improve the system.

The state's higher education institutions are largely similar in quality, focus, and funding. With the few exceptions noted here, none of these stand out either within the state or nationally. A mass higher education system needs to be differentiated—with institutions serving different missions, patterns of funding, and quality. Kerala needs at least one "world-class" university—an institution that can attract the best students in the state, be recognized as among the top universities in India, and gain visibility abroad as well. This strategy will not be easy since Kerala has a strong tradition of egalitarianism, but it is a necessary policy if the state is to fully participate in the global knowledge society of the 21st century. It is likely that the University of Kerala, perhaps merged with several high-profile scientific institutions located in the capital, is the logical choice, probably along with the Cochin University of Science and Technology. This does not mean that the other universities can be neglected. Some will focus largely on teaching and serving their specific regions, while a few, perhaps those focusing on science and technology, can retain some research mission.

In common with all regions of India, the large number of colleges affiliated to universities need to be appropriately supervised but at the same time permitted leeway to start innovative programs and achieve a degree of autonomy. A special problem concerns the growing number of new private "unaided" colleges, a majority of which are for-profit. Perhaps an effective accrediting system, supervised by the Higher Education Council or some other governmental body, could provide a basic standard of quality for all of the colleges and remove some of the burden from the universities.

Kerala's universities have the potential of jump-starting the state's move into the knowledge era. They can provide the training needed for a new generation of professionals ready to work in information technology and other knowledge industries. Kerala has the disadvantage of starting late. The giant info-tech superpower in Bangalore, for example, is far ahead—even though the first "technopark" in India was established in Thiruvananthapuram. But Kerala has a well-educated workforce, a tradition of hard work, and an ability to collaborate with people from many different backgrounds. An important step would be to immediately improve the quality of engineering education. The info-tech companies estimate that only one-fifth of engineering graduates can be immediately put to work; the rest need additional training. If Kerala can provide an engineering

education that can produce engineers who can be immediately put to work without expensive further education, it will immediately improve its prospects for luring high technology to the state. Moreover, these graduates will be quite competitive on the international job market as well.

The state's higher education future is complex but practical. Expansion will continue, although the pressures may

be somewhat less than in other parts of India because of Kerala's impressive access rates. Careful attention needs to be given to the organization of the higher education system. Some additional funds are required to transform at least one university into a research-intensive institution, while at the same time supporting a better-defined differentiated higher education system. ■

IMPRESSUM

EDITOR

Philip G. Altbach

ASSISTANT EDITOR

Salina Kopellas

EDITORIAL OFFICE

Center for International Higher Education
Campion Hall
Boston College
Chestnut Hill, MA 02467
USA

Tel: (617) 552-4236

Fax: (617) 552-8422

E-Mail: highered@bc.edu

<http://www.bc.edu/cihe>

ISSN: 1084-0613

© Center for International Higher Education

Published in cooperation with duz EUROPA

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

.....
Einst eine Finanzquelle: Die bei Touristen beliebte Half Penny Bridge in Dublin erhielt ihren Namen vom ursprünglich zu entrichtenden Wegezoll.



Foto: Pixelio/Kommetr

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Von Gabriel Rath

Irlands Studentenboom

Auf der grünen Insel wird über Studiengebühren diskutiert

Dublin Die Finanzkrise hat Irland schwer gebeutelt. Ende September musste sich das Land im Norden Europas sogar mit Pleitegerüchten herumschlagen. Unverdrossen versucht die Regierung des 4,2-Millionen-Einwohner-Staates ihr Haushaltsdefizit mit einem harten Sparkurs in den Griff zu bekommen: Beamte und Rentner müssen Einschnitte hinnehmen, ebenso wird bei Familien und im Gesundheitswesen gespart.

Auf den ersten Blick sticht die Bildung aus diesem Szenario heraus: Der entsprechende staatliche Etat bleibt seit drei Jahren konstant. Studiengebühren gibt es nicht. Doch gleichzeitig kommen immer mehr Studenten an die Hochschulen. Die Zahl der Studienanfänger steigt kontinuierlich – allein in den letzten fünf Jahren um 10,8 Prozent. Im Universitätsjahr 2008/2009 lag die Gesamtzahl der Studenten bei knapp 108 000. In den kommenden zehn Jahren wird sie wohl um weitere 55 000 zunehmen, schätzen Experten. Und das könnte nun zum Problem werden. Denn der stabil gebliebene Haushalt kommt allmählich an seine Grenzen.

So wächst an den Hochschulen mittlerweile eine Finanzierungslücke, die sie an den Rand des Machbaren führt. „Wir haben errechnet, dass wir im Jahr pro Student 300 Euro Verlust machen“, sagt etwa der Rechtsprofessor und Ex-Rektor der Dublin City University (DCU), Ferdinand von Prondzynski. Zugleich brauchen die Universitäten nach Berechnungen der Higher Education Authority (HEA) allein vier Milliarden Euro für Bau- und

Erhaltungsmaßnahmen. Aus eigenen Mitteln können sie daraus nur einen kleinen Teil abknapsen. Das maximale Sparpotenzial beziffert HEA-Chef Tom Boland auf rund 1,5 Milliarden Euro. Er fordert radikale Veränderungen (siehe Interview).

Mit 32 Millionen Euro stehen die Hochschulen Irlands zwar mittlerweile in den roten Zahlen und mussten sich gegenüber der Regierung zu Kürzungen um sechs Prozent verpflichten. Doch das wollen sie unter anderem durch einen Einstellungsstopp erreichen, nicht durch einen Aufnahme-stopp. Für Studienrichtungen und -plätze gibt es keine Obergrenzen.

Finanziell kommen die Studenten bislang ebenfalls ungeschoren davon. Die Einführung von Studiengebühren ist heftig umstritten. Die Regierung aus der konservativen Fianna-Fáil-Partei und den liberalen Grünen legte sich im Vorjahr bei einer Neuverhandlung ihres Koalitionspakts darauf fest, dass es in der laufenden Legislaturperiode keine Gebühren geben wird. Darauf pochten vor allem die Grünen, die unter Jungwählern besonders starken Zuspruch haben. Ferdinand von Prondzynski meint dazu: „Es gibt keine politische Mehrheit für Studiengebühren. Alle Parteien fürchten die Reaktion der Wähler.“

Doch wird es dabei bleiben können? Irlands Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch verändert. Die Mittelschicht ist größer geworden. In Anbetracht der Finanzkrisen-Folgen stehen jetzt liebgewonnene Errungenschaften auf dem Spiel. Ein in diesen Tagen erwarteter

Kompass Irland



Foto: Wikimedia

Das Wissenschaftssystem

Irland hat sieben Universitäten, an denen Diplomas, Bachelor- und Master- sowie Doctorate-Grade erworben werden können. Die 14 „Instituts of Technology“ (Fachhochschulen) bieten eine praxisnahe Ausbildung. Das staatliche Hochschul-Budget beträgt 1,8 Milliarden Euro. Studiengebühren werden nicht erhoben.

Hunt-Report

Im Mai 2009 beauftragte die irische Regierung eine Expertengruppe unter dem Wirtschaftsberater Colin Hunt mit der Erarbeitung einer 20-Jahres-Strategie für die Universitäten. Schon vor der Veröffentlichung des Hunt-Reports kamen Details in die Öffentlichkeit: Demnach empfiehlt der Bericht die Wiedereinführung von Studiengebühren, eine engere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten, die Bildung von „centres of excellence“ sowie eine strengere Überwachung der Tätigkeit der Lehrkräfte.

Expertenbericht (siehe Kasten) dürfte die Wiedereinführung von Studiengebühren empfehlen und hat die Unterstützung aller Rektoren. DCU-Rektor Prondzynski sagt dazu: „Wir haben ein echtes Problem und brauchen eine Lösung – rasch.“

Allerdings wird die Spardebatte gerade von neuen Enthüllungen angefacht. Ende September berichtete die irische Aufsichtsbehörde „Comptroller and Audit General“, dass wohl viel Steuergeld ungenehmigt in zu hohe Gehälter sowie in Pensionserhöhungen floss (<http://www.audgen.gov.ie/viewdoc.asp?DocID=1241>).

Erst Mitte der 90er Jahre wurden die Studiengebühren im 4,2-Millionen-Einwohner-Staat abgeschafft und die Hochschulen



Tom Boland ist Vorstandsvorsitzender der Higher Education Authority, die eine Verbindungsfunktion zwischen Regierung und Hochschulen innehat.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Studienfinanzierung

„Die Hochschulen brauchen mehr Mittel“

Tom Boland, der Chef der Higher Education Authority (HEA), sieht die qualitativen Grenzen der irischen Unis erreicht.

duz Herr Boland, die Studienfinanzierung in Irland trägt zu 90 Prozent der Staat. Die restlichen zehn Prozent kommen aus privaten Quellen etwa von Spendern. Ist dieses System den kommenden Herausforderungen gewachsen?

Boland Unbegrenzt geht es so nicht weiter. Man kann nicht die Zahl der Studenten wachsen lassen und zugleich die Finanzierung einfrieren oder kürzen. Die Herausforderung für Irland lautet: Bisher funktioniert das System sehr gut, doch wie weit kann man es ausdehnen, bevor es negative Auswirkungen auf die Qualität hat?

duz Wie lautet Ihre Position dazu?

Boland Die Antwort kennen wir wohl erst dann, wenn wir den kritischen Punkt überschritten haben. Davon sind wir nicht mehr weit entfernt. Das Hochschulsystem braucht zusätzliche Ressourcen, ohne die wir einen weiteren Zuwachs der Studentenzahlen nicht meistern können.

duz Was halten Sie von der Rückkehr zu Studiengebühren?

Boland Es gibt nur zwei Möglichkeiten für zusätzliche Einnahmen. Das ist einerseits der Staat, also der Steuerzahler, oder es sind die Studierenden. Ich persönlich habe da keine Präferenz. Klar ist, dass wir einen enormen Zustrom an den Universitäten haben und daher mehr Mittel brauchen. Wir hatten in den letzten 20 Jahren eine Verdoppelung der Studentenzahl und erwarten dasselbe in den nächsten zwei Jahrzehnten. Ich sehe nicht, dass die Regierung die Mittel dafür beim Steuerzahler finden kann.

duz Ist das auch ungeachtet der aktuellen Wirtschaftskrise ein Problem?

Boland Absolut. Keiner der Lösungsansätze kann über Nacht Entspannung bringen. Das wird Jahre dauern.

Die Fragen stellte Gabriel Rath.

erlebten einen starken Zulauf. Mehr als 60 Prozent der Abgänger höherer Schulen besuchen heute eine Universität oder technische Hochschule. Vor 60 Jahren waren es 20 Prozent. Staatsziel Irlands ist es, diese Quote auf 72 Prozent zu steigern. Im Nachbarland Großbritannien liegt diese Rate knapp unter 50 Prozent. Mit 45 Prozent Hochschulabsolventen unter den 25- bis 34-Jährigen liegt Irland heute nicht nur über dem OECD-Schnitt, sondern sogar vor den USA.

Die Einführung des gebührenfreien Hochschulstudiums in Irland fiel nicht zufällig mit dem Beginn des irischen Wirtschaftswunders zusammen. Der „keltische Tiger“ erkannte, dass eine boomende Wirtschaft gut ausgebildete, innovative und kreative Arbeitskräfte braucht. Das ließ sich das Land einiges kosten. Das staatliche Budget für Hochschulen stieg lange Zeit kontinuierlich. Heute beträgt es 1,8 Milliarden Euro im Jahr. Trotz der akuten Haushaltsnöte stellte die Regierung Mitte Juli ein Forschungsförderungsprogramm von 359 Millionen Euro vor. Insgesamt sollen in zehn Jahren eine Milliarde Euro aufgewendet werden.

Für die höhere Bildung verfügt Irland über sieben Universitäten und 14 „Instituts of Technology“, die den deutschen Fachhochschulen entsprechen. Die meisten befinden sich im Großraum Dublin. Ihre Arbeit scheint erfolgreich zu sein. Im jüngsten Universitätsranking des Erziehungsnetworks QS liegen vier der sieben

irischen Universitäten unter den besten 200 der Welt. Deutschland hat acht Hochschulen in diesem Bereich platziert.

Erziehungsministerin Mary Coughlan (siehe Porträt) lässt sich noch eine Option zur Schließung der Finanzlücke offen: Studenten zahlen derzeit eine einmalige Einschreibegebühr von 1500 Euro. Obwohl Studentenvertreter darauf hinweisen, dass diese Gebühr seit 1997 um 780 Prozent gestiegen ist, schließt die Ministerin eine Erhöhung nicht aus. Die Entscheidung fällt noch in diesem Jahr.

Gabriel Rath ist Journalist in London.

Ministerin im Profil

Mary Coughlan

Die 45-jährige Politikerin der konservativen Fianna-Fáil-Partei gehört seit 1987 dem irischen Parlament und seit 2002 der Regierung an und hatte verschiedene Ministerämter inne.

Foto: Wikimedia



Werdegang

In den wirtschaftlich florierenden Jahren machte sich die ehemalige Sozialarbeiterin und Mutter zweier Kinder als Sozialministerin durch üppige Beihilfeerhöhungen beliebt. Nach dem Sturz ihres einstigen Mentors Bertie Ahern wurde sie 2008 Vizekanzlerin. In der aktuellen Krise erwies sich Coughlan als weniger souverän. Nach mehreren verbalen Ausrutschern vergleicht die Opposition sie heute mit der konservativen US-amerikanischen Politikerin Sarah Palin.

duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 22. Oktober
kommt das neue:

MAGAZIN

Für Forscher und Wissenschaftsmanager

Themen unter anderem:

- Der große Schritt in die Zukunft: Wie die Universitätsbibliotheken den Weg in die digitale Welt meistern.
- Der Druck des Forschungsbetriebes: Warum Wissenschaftler sich von einem zum nächsten Projekt gehetzt fühlen.

Deutsche Universitätszeitung

Wissenschaft weiterdenken



Fünf Zugänge in einem Abonnement

duz MAGAZIN, AKADEMIE, EUROPA, SPECIALS und duz ONLINE – zuverlässiger Partner für unabhängige Fachinformation

Fundierte Hintergrundinfos

zu Trends und Strömungen aus Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement

Kompakte Nachrichten

aus dem nationalen und internationalen Hochschul- und Wissenschaftsgeschehen

Verlässliche Empfehlungen

zu Namen und Netzwerken als potenzielle Unterstützer und beispielhafte Vordenker

Aktuelle Stellenausschreibungen

bis zum Ende der Bewerbungsfrist

Ja, ich bestelle:

() ein duz-Abonnement ab _____ zum halbjährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

() ein duz-Abonnement ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 129,00 Euro (inkl. 7 % Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

() ein Abonnement duz EUROPA ab _____ zum jährlichen Bezugspreis von 68,00 Euro (inklusive 7% Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland)

Das Abonnement kann mit einer 6-wöchigen Frist jeweils zum Bezugs- halbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation, Kaiser-Friedrich-Str. 90,
10585 Berlin, Fax 030 212987-30

Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter: www.duz.de

Name, Vorname

Institution / Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Fon / Fax

E-mail

Datum / Unterschrift

Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, dass ich davon Kenntnis genommen habe, diese Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift